P R O T O K O L L

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 17. September 1981, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Hochrather
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Winfried Mausz
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler
Friedrich Reisner
Erwin Schuster

Herbert Schwarz
Ernst Seidl
Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Tremel
Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Präsidialdirektor Oberamtsrat
Roland Postler

Protokollführer:
OAR . Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates

GHJ2-3407/81	Erneuerung der Zentralheizung in der Stadtbücherei, Bahnhofstraße 6.
GHJ2-3686/81	Asphaltierungsarbeiten am Sportplatz Ennsleitenschule, Glöckelstraße 6.
Bau2-2628/77	Bebauungsplan Hofergünde; Planungskosten.
GHJ1-4113/81	Rathaus-Festsaal; Ankauf eines Tisches.
GHJ2-4270/81	Sporthalle Tabor; Erdtankreinigung.
Bau5-6780/79	Fa. Bip-Quelle Klaus Lösch; Gewerbeförderung.
Pol-3733/81	Öst. Zivilschutzverband - Landesleitung OÖ; Gewährung eines Förderungsbetrages.
Wa-880/74	Kanalisation Wehrgraben; Projektierung und Kostenermittlung.
Bau2-6566/76	
Bau3-6661/71	Nordspange; Verkehrsstudie.
Ha-4259/81	Errichtung von Behindertenwohnungen durch die Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr; Ersatz von Mehrkosten.
Pol-4662/80	Vermessungsarbeiten in den Luftschutzstollen; Kosten der Verschließung von Mauerdurchbrüchen.
Bau5-1440/79	Herstellung einer Stützmauer im Bereich des Hotels Minichmayr im Zuge der Errichtung des Hauptsammlers C; Gewährung einer Beihilfe.
Bau3-3956/81	Aufschließung Hofergünde; Projektierungsarbeiten.
Bau6-3957/81	
Bau5-5549/77	Instandsetzung des ehemaligen Zwergengartens im Kloster Gleink; Ergänzung des StS.-Beschlusses vom 26. 3. 1981.
Bau5-4520/79	Neubau Kindergarten Resthof; Ankauf von Betriebsmitteln.
FW-4807/81	Lungenautomaten der Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr; Umrüstung und Generalüberholung.
FW-4539/81	Teilnahme der Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr an Leistungsbewerben; Kostenübernahme für 1981.
Bau5-4709/81	Malerarbeiten in den Büroräumen der Magistratsabteilung XI.
Bau5-4761/81	Büroräume der Magistratsabteilung VI; Malerarbeiten.
FW-4781/81	Erneuerung des Hydranten in der Steiner Straße.
Präs-597/81	Konzertreise des MOV Arion Steyr nach Plauen/DDR; Übernahme der Buskosten.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-1088/79 Geschäftsordnung für den Stadtsenat; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 19. 2. 1981.
- 2) K-1900/81 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1981/82; Abschluß eines Werksvertrages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 3) Sport-1266/81 Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr".
- 4) GHJ2-3230/79 Volksschule Gleink; Fenstererneuerung.
- 5) GHJ2-3939/81 Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Industriestraße 2; Instandsetzungsarbeiten.
- 6) ÖAG-3725/75 Erwerb der ehemaligen "Dorngründe" durch die Gemeinn. Wohnungs- und Siedlungsges. "Neue Heimat"; neuerliche Abänderung des Kaufvertrages betreffend Kaufpreientrichtung.
- 7) ÖAG-4105/81 Firma Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteck-GesmbH & Co; Verkauf eines Industriegrundstückes an der Haager Straße.
- 8) ÖAG-2687/81 Grundverkauf an die Ehegatten Dipl. Ing. Heinz und Gerda Hulla.
- 9) ÖAG-6582/79
 ÖAG-4314/74
 ÖAG-3416/81 Grundverkauf und Flächenberichtigung im Bereiche der ehemaligen Schottergrube Gründberg.
- 10) FW-1124/81 Regulierung der Bereitschaftsdienstgebühren für den Theaterdienst sowie für den Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienst der Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 11) Ha-4541/79 Ausbau des Hotels Minichmayr - Gewährung eines Darlehens an Ingo und Isabella Viertler; Änderung der Rückzahlungsbedingungen.
- 12) Ge-6064/78 Wirtschaftsverein Arbeiterheim - Ausbau des Casinos; Darlehen - Änderung der Rückzahlungsbedingungen.
- 13) Ha-1816/81 Österr. Rotes Kreuz - Bezirksstelle Steyr-Stadt; Gewährung der Jahressubvention 1981.
- 14) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung der Zentralen Kläranlage - Bauabschnitt 03; Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.
- 15) Ha-3136/74 Abwasserbeseitigungsanlage BA o2 der Stadt Steyr; Änderung der Fondsmittelzusicherung.
- 16) Ha-3136/74 Abwasserbeseitigungsanlage BA 04 der Stadt Steyr; Annahme des Fondsdarlehens.
- 17) Bau6-2640/81 Verbandskanal - Bauabschnitt 02, Nebenkanal 10 a; Auftragsvergabe.

18) Bau6-3966/79 Hauptsammler F I; Anschlußkanal.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

19) ÖAG-834/81 Stadtwerke - Teilbetriebe Städtische Bäder und Kunst-
Stadtwerke eisenbahn; Verluetersatz 1980.

20) ÖAG-7266/80 Hochbehälter Ennsleite; Trinkwasserversorgung.
Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

21) Bau2-2319/79 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 2.

22) Sport-3217/81 Sportplatz Rennbahn; Erweiterung und Vergrößerung
der Heizungsanlage.

23) Bau3-2940/81 Bauvorhaben Resthof II/C; Gestaltung des Markt-
platzes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

24) Bau3-1400/81 Asphaltierungsprogramm 1981.

25) Bau3-5006/81 Herstellung einer Verbindungsstraße von der Prof.
Anton Neumann-Straße zur Firma Hartlauer.

26) Bau4-3155/81 Sanierung der Oberen Teufelsbachbrücke.

27) ÖAG-3925/81 Müllwagenaufbau; Ankauf eines Fahrgestelles.
Städt. Wi-Hof

28) ÖAG-3925/81 Müllwagenankauf; Müllsammelaufbau.
Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

29) Bau5-4520/79 Kindergarten Resthof - Mittelfreigabe 1981;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 19. 2. 1981.

30) Ha-6914/79 Kindergartenneubau in Steyr - Resthof; Gewährung
einer Landesbeihilfe; Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste.

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen und die Feststellung treffen, daß der Gemeinderat voll beschlußfähig ist auf Grund der Anwesenheitsziffer. Die Einladungen und Unterlagen sind zeitgerecht und ordnungsgemäß zugestellt worden. Ich gebe gleichzeitig bekannt, daß für heute als Protokollprüfer die Gemeinderäte Reiser und Holub vorgesehen sind. Wie ich sehe, nehmen beide Herren diese Funktion an.

Nun die Mitteilungen über die Absenzen. Entschuldigt für heute sind Herr Stadtrat Wallner und die Herren Gemeinderäte Sablik und Heumann.

Eine Anfrage liegt nicht vor, daher können wir diesen Punkt für heute entfallen lassen.

An Mitteilungen meinerseits habe ich Ihnen auch nur einiges zur Kenntnis zu bringen.

In erster Linie betrifft es die letzte Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie wissen, daß in ganz Österreich, nicht nur bei uns, sondern in der ganzen westlichen Welt - die östliche kann man jetzt auch schon mit einbeziehen - Schwierigkeiten in der Arbeitswelt bestehen. Die Weltwirtschaft wird dort und da von verschiedenen Krisen gerüttelt und Österreich bleibt davon nicht verschont. Natürlich gibt es auch Ausläufer dieser Erschütterungen in unserem Raum. Für die Stadt Steyr kann ich auf Grund des Berichtes vom Arbeitsamt sagen, daß wir noch in relativ guten Grenzen mit unserer Beschäftigungsquote liegen, obwohl auch im Raum Steyr, laut Bericht des Arbeitsamtes, die Zahl der Arbeitslosen gestiegen ist und die Zahl der offenen Plätze weniger geworden ist. Dennoch, bezogen auf die Gesamtsituation, ist es noch ein befriedigender Zustand und wir hoffen, daß wir durch Initiativen, durch Förderung von Gewerbebetrieben einerseits, von unseren großen Investitionsförderungen bei dem Motorenwerk in Steyr, diese Schwierigkeiten, wie sie andere Betriebe und Regionen schon besitzen, in diesem Ausmaß nicht verspüren werden. Ich hoffe, daß ich mit dieser Aussage dem Gemeinderat eine gewisse Beruhigung geben kann, wengleich Prognosen solcher Art heutzutage relativ kurzzeitig zu sehen sind.

Ich möchte noch sagen, daß sich in der Metallbranche die Lage als sehr stabil erweist, hier gibt es relativ wenig Schwankungen, insbesondere auf die Stadt Steyr bezogen.

Wir haben am Bausektor durch unsere eigenen kommunalen Initiativen doch ein wenig dafür gesorgt, daß Arbeitsplätze erhalten und gesichert werden können. Ich denke nur daran, daß es uns gelungen ist, durch wirklich sehr intensiven Bemühungen, vom Wasserwirtschaftsfonds vorzeitig einen Betrag von 125 Mill. Schilling zum Bau einer Kläranlage zu erhalten. Mit diesem Bauwerk wird sicherlich wieder eine Beschäftigung für einige Jahre zu sichern sein.

Die Ennskraftwerke haben in Staning mit dem Aufstau begonnen. Das Bauwerk ist im Laufen, der Betrag von rund 60 Mill. Schilling für die Investition gehört mit in die generellen Bautätigkeiten zur Sicherung der Arbeitsplätze in dieser Branche.

Eine nicht unwesentliche Stärkung unserer Beschäftigungsquote in der Bauwirtschaft erbringt der Bund mit der Errichtung des neuen Bahnhofpostamtes und durch den Bau der Autobusgarage in der Schwarzmayrstraße. Die Neue Heimat beginnt mit einem Teilabschnitt des Wohnbauvorhabens in Pyrach auf den Dorngründen. Die alte Handelsschule wurde abgerissen, das Grundstück planiert und in Kürze wird die Bautätigkeit zur Errichtung der neuen Schule beginnen.

Wenn wir noch bedenken, daß die Steyr-Werke im Wehrgraben neue Initiativen im Wohnbau setzen, können wir sagen, daß auch in diesem immer wieder erwähnten Gebiet eine Belebung zu erwarten sein wird und daneben eine Beschäftigung im Baugewerbe.

Heute werden Sie mit einem Antrag befaßt, der das Marktzentrum in der Wohnsiedlung Resthof betrifft. Dort wird bekanntlich ein Marktplatz gebaut und ein Kindergarten, der heuer noch fertig werden soll. So gesehen hat die Gemeinde von sich aus getan, was sie tun kann, um in der Bauwirtschaft in dieser Branche und im Nebengewerbe einigermaßen Vorsorge zu treffen, daß Arbeit besteht.

Außerdem darf ich Ihnen mitteilen, daß im Jahr der Behinderten mit der Errichtung von behindertengerechten Fußgängerübergängen bereits ein Fortschritt erzielt werden konnte. Es wird in Kürze in der Bahnhofstraße eine blindengerechte Verampelung entstehen. Die geschützte Werkstätte in Steyr bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur

Beschäftigungstherapie für diesen sehr bedauerlichen Personenkreis ist ebenfalls in Erwägung gezogen. Uns ist es darüber hinaus gelungen, was für Sie vielleicht nicht uninteressant sein wird, daß wir im Zuge der Verbesserungen im Altersheim nunmehr alle Wünsche, die Einzeltelefonanschlüsse betrafen, nunmehr erfüllt bekamen, und zwar früher, als es uns seinerzeit von der Postverwaltung zugesichert wurde. Wir können danken für diese Berücksichtigung unserer Senioren im Altersheim.

In Kürze werden wir mit der Verbesserung der Zimmerausstattung beginnen und es wird dem Gemeinderat sicherlich die Möglichkeit geboten werden, sich davon zu überzeugen, was mit dem Geld, das die Gemeinde für diesen Zweck vom Land bekommt, geschieht. Der Ausklang der Sommerperiode führt uns jetzt wieder zusammen und wir werden wieder Sachentscheidungen tätigen müssen. Eine dieser Sachentscheidungen wird es sein, Tarife und Gebühren neu zu gestalten. Leider kommen diese nicht von uns selbst, sondern werden uns von außen aufgezwungen. Ich denke dabei an die Erdgastarife oder an sonstige von außen auf uns zukommende Tarifregelungen, auch was die Kreditzinsbildung angeht. Das sind lauter Dinge, die wir nicht beeinflussen können, wir müssen aber damit zurecht kommen. Das werden Entscheidungen sein, die dem Gemeinderat zur Behandlung obliegen.

Zum Schluß habe ich noch eine Mitteilung, Es ist ein jahrelanges Bemühen der Stadt Steyr, zu verhindern, daß eine alte traditionsreiche Sportanlage, die des SK Amateure, die ja Eigentum der Stadt Steyr ist, zum Ausbau der HTL benützt wird. Nunmehr haben wir auch durch eine Aussage von Landesrat Winetzhammer die Bestätigung, daß unsere Bemühungen in dieser Richtung von Erfolg gekrönt sind. Es wird beim Ausbau der HTL der Amateureplatz nicht geschmälert werden und wir glauben, daß das vorhandene Areal ausreicht, um die Wünsche der Schule vollends zu befriedigen. Das kommt unseren Intentionen sehr nahe und es ist sicher für alle befriedigend, wenn die Regelung in der Form getroffen wird.

Meine Damen und Herren, das waren in groben Zügen die Mitteilungen an Sie zur besseren Information.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen, die der Stadtsenat getroffen hat. Hier sind wir befugt gemäß § 51 Abs. 3 StS davon Kenntnis zu erhalten, was der Stadtsenat entschieden hat. Die Liste der beschlossenen Anträge liegt Ihnen vor, von einer Verlesung wird aber abgesehen, denn Sie können sich ja anhand der Unterlagen informieren, was der Stadtsenat in der Zwischenzeit erledigt hat.

Der nächste Punkt betrifft die Verhandlungsgegenstände, hier gibt es eine Umstellung. Herr Stadtrat Wallner ist heute nicht anwesend und es wird daher eine Umgliederung vorgenommen. Gemäß § 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates kann eine solche von mir vorgenommen werden. Es ist vorgesehen, daß Vizebürgermeister Fritsch, der in seinem Ressort heute keinen Bericht vorzulegen hat, die Marktgestaltung Resthof berichtet, Kollege Schwarz wird aus dem Ressort Wallner den Punkt "Sportplatz Rennbahn - Erweiterung der Heizungsanlage" vortragen und mir fällt es zu, über den Flächenwidmungsplan, die Änderung Nr. 2, zu berichten. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Umstellung.

Zur Berichterstattung selbst bitte ich nun Kollegen Schwarz um die Vorsitzführung, damit ich die Berichte meinerseits vorlegen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um den Vortrag seiner Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, in mir klingt noch etwas die Urlaubszeit nach, daher möchte ich die Anträge relativ kurz fassen.

Wir haben zunächst die Geschäftsordnung für den Stadtsenat zu beschließen. Hier wurden Änderungswünsche der Landesregierung nunmehr in die Novellierung eingebaut. Ich möchte mich nicht in Einzelheiten verlieren, die Änderungen ersehen Sie aus dem Blatt 2, das dem Amtsbericht beigefügt ist. Ich beschränke mich daher auf meine Antragstellung namens des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) Präs-1088/79

Geschäftsordnung für den Stadtsenat; Ergänzung
des GR-Beschlusses vom 19. 2. 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. 7. 1981 wird die in der Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtsenat beschlossen.
(BEILAGE A)

Ich bitte Sie, dieser Änderung beizutreten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Herr Kollege Fritsch bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich werde meinen Beitrag in Anbetracht der Urlaubsstimmung kurz fassen.

Selbstverständlich ist auf Grund der Rechtsansicht des Landes bzw. seiner zuständigen Stellen der Beschluß heute im erfolgten Antrag zu fassen. Ich gebe aber trotzdem zu bedenken, daß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 19. 2. eigentlich einer demokratischeren Lösung bei seiner Beschlußfassung Rechnung getragen hat. Ich darf das auch untermauern. Es ist vom Statut her möglich, daß ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderates die Einberufung einer Gemeinderatsitzung verlangen kann. Es ist aber vom Statut her – auf dieses bezieht sich der Einwand des Landes – nicht möglich, daß, so wie damals beschlossen und ausgelegt, ein Viertel der Mitglieder des Stadtsenates eine solche Sitzung einberufen kann, sondern genau fixiert deren Zahl drei. Wir – ich und meine Fraktion – finden dabei eine gewisse Diskrepanz in der Auffassung, noch dazu, weil in Steyr vom Statut her die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates nicht wie in anderen Städten genau fixiert, sondern den Notwendigkeiten der Stadtverwaltung angepaßt, variabel ist. Daher ist auch die Fixierung auf die Zahl drei der Einberufungsmöglichkeiten sicherlich nicht als richtig anzusehen. Ich glaube, so weit müßte man sein, daß man die Erklärung doch auch für recht findet, daß das, was für den Gemeinderat Gültigkeit hat, auch für das andere, daraus als Derivat abgeleitetes Organ, den Stadtsenat, Gültigkeit hat. Heute ist sicherlich nicht der Zeitpunkt da, nachdem nicht das Statut zur Beschlußfassung steht, darüber einen Antrag zu stellen, aber ich glaube, daß diese Ungerechtigkeiten, wenn ich sie so bezeichnen möchte – sie ist eine mathematische Ungerechtigkeit – bei einer bald ins Auge zu fassenden Novellierung des Statutes abgeglichen und auch abgeschafft werden kann.

Ich weise jetzt schon darauf hin, daß wir uns vielleicht demnächst damit befassen werden und bitte jetzt schon um Beipflichtung zu meiner Auffassung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht sonst noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Auch der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort, daher kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag die Zustimmung geben? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag des zweiten Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, im Sinne des von mir eingangs erwähnten Umstandes, daß auch von außen her Veränderungen unserer Tarife hereinspielen, muß ich Ihnen heute einen Antrag vorlegen, der sich mit der Abwicklung der Gastspielsaison 1981/82 im Zuge eines Werkvertrages mit dem Linzer Landestheater für unser Stadttheater befaßt.

Es wird generell vorgeschlagen, um etwa 7 % die Tarife anzuheben, das entspricht, auf- bzw. abgerundet, das entspricht dem, was wir durch die Verwaltung des Landestheaters übertragen bekommen haben und ich bitte Sie, in dieser Form meinem folgenden Antrag beizupflichten. Es ist ein Antrag des Stadtsenates, der an den Gemeinderat gerichtet ist

und folgenden Inhalt hat:

2) K-1900/81

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1981/82;
Abschluß eines Werksvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abgeltung von 20 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1981/82 nach Maßgabe des Amtsberichtes zu den erhöhten Pauschalabgeltungen wird genehmigt. Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. 9. 1980, K-1800/80, festgelegten Eintrittsgebühren werden linear um 7 % für die Gastspielsaison 1981/82 erhöht, wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abgerundet wird. Die Regelung über die Dienstsitze und dergleichen nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten und darf hinzufügen, daß dieser Antrag auch im Kulturausschuß schon zur Behandlung stand und dort einhellig genehmigt wurde. Von diesem Ausschuß wurde er über den Stadtsenat nunmehr an den Gemeinderat herangetragen. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Ich habe bereits einige Wortmeldungen vorliegen. Als Erster hat sich Kollege Holub zu Wort gemeldet, dann Kollege Tremml und Kollege Eichhübl. Ich bitte gleich Kollegen Holub zum Rednerpult.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Schön wäre es ja, meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium, wenn wir uns über solche Anträge nicht auseinandersetzen müßten, aber die heutige Zeit ist nun mal in dieser Richtung bedauerlicherweise sehr dynamisch geworden und es ist nun mal so, daß wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese eingekauften Leistungen teurer wurden. Meine Fraktion gibt, so wie im Kulturausschuß, dem vorliegenden Antrag mit Bedauern die Zustimmung. Mit Bedauern aus den erwähnten Gründen, weil Gebühren- und Tarifierhöhungen niemals etwas Erfreuliches sind, die Notwendigkeit ist aber einsichtig. Bei der Gelegenheit möchte ich an eine Diskussion, die im Vorjahr zu diesem Thema geführt wurde, erinnern, über - wenn ich mich richtig erinnere - einen Antrag der Freiheitlichen Partei, dem wir beigetreten sind als Österr. Volkspartei, nämlich die Einführung von begünstigten Tarifen für Jugendliche. Darüber, so meine ich, sollte man doch noch einmal diskutieren, weil ja das Problem der Beschäftigung der Jugendlichen - ich meine das nicht im arbeitsmäßigen, sondern im freizeitlichen Sinn - durchaus in diesem Jahr nicht geringer geworden ist. Es wäre nun mal erfreulich, wenn wir unsere jüngeren Mitbürger eher zum Besuch begünstigter Kulturveranstaltungen bewegen könnten, als sie anderen Vergnügungen anheim zu stellen. Ich möchte mich dabei nicht näher auslassen über die verschiedenen Möglichkeiten, die bedauerlicherweise der Jugend zur Verfügung stehen, es liegt auch nicht in der Kompetenz dieses Gremiums, das zu diskutieren.

Ich möchte aber doch noch den Appell richten, diskutieren wir doch irgendwo noch einmal diesen Vorschlag, der im vergangenen Jahr gemacht wurde und dessen Richtigkeit von meiner Fraktion nach wie vor nicht bezweifelt wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nächster Sprecher ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Dieser Antrag, den der Herr Bürgermeister gestellt hat in der ersten Sitzung nach der Sommerpause, ist eigentlich der Beginn des Reigens der Tarif- und Gebührenerhöhungen, so wie er es einleitend schon bemerkt hat. Außerdem glaube ich, muß man diese Theater-

preiserhöhung im Zusammenhang sehen mit den Belastungen, mit der Teuerungspolitik im allgemeinen, die auf die Bevölkerung losgelassen wurden. Ich möchte auch hier erinnern, daß z. B. am 7. September, also vor wenigen Tagen, sich die Sozialistische Partei in einer Klausurtagung sehr eingehend mit diesen Fragen der Wirtschaftspolitik, mit den Schwerpunkten ihrer Herbstarbeit, beschäftigt hat. Wenn Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Mehrheit, sich vielleicht der Mühe unterziehen und diese Broschüre lesen, die vor wenigen Tagen herausgekommen ist und dort die Seite 20 aufschlagen, dort heißt es ganz deutlich, daß auf Grund der angespannten Budgetsituation, der wirtschaftlichen Situation, der weltweiten Wirtschaftskrise, Österreich eine besondere Stellung hat und keine Belastungen für die Bevölkerung herauskommen. Das ist gerade ein Widerspruch mit der Praxis. Ich möchte keine allgemeine Stellung beziehen zur Teuerung, Benzinpreiserhöhung usw., die ja die Teuerung weiter anheizt. Kollege Zagler meint, daß er mich aus der Fassung bringen kann mit Moskau. Mir tut leid, daß ein so gescheiter Mandatar sich auch so verwirren läßt, daß man, wenn man Benzinpreiserhöhungen in Österreich der Bevölkerung schmackhaft machen will, gleichzeitig hinten anhängt, ja in der Sowjetunion, wird der Preis um 100 % erhöht. Offenbar weiß er nicht, wie hoch der Benzinpreis in der Sowjetunion ist und daher sage ich es ihm. Er beträgt rund 6 - 8 Schilling. Wir könnten also glücklich sein, wenn wir einen solchen Preis hätten. Offenbar liest er auch seine eigene Zeitung nicht, denn im heutigen Tagblatt im Leitartikel wird sehr scharf abgerechnet mit dem multinationalen Konzern. Man vergißt allerdings dabei, daß für die Freigabe des Benzins auch die Regierung mit verantwortlich ist, daß sie kapituliert hat gegenüber diesen Ölkonzernen und Sie, meine Damen und Herren, werden - davon ableitend - in wenigen Wochen wieder Tarife und Preise erhöhen, besonders die der städtischen Autobusse, und zwar mit dem gleichen Argument. Aber Sie sitzen hier und wehren sich nicht. Sie wurden doch gewählt von der Bevölkerung, Sie sind das Sprachrohr. Fragen Sie doch die Betriebsräte, was diese von den Arbeitern und Angestellten hören. Man kann nichts machen, aber entscheidend in dieser Frage sind die Politiker.

Meine Damen und Herren, diese Frage des Werkvertrages, nämlich des Abschlusses dieses Werkvertrages, zeigt auch wiederum ein Moment auf. Selbstverständlich verrete ich die Auffassung, daß wir diesen Werkvertrag abschließen, obwohl diese Kostensteigerung in Pauschalsätzen um 7 % steigt. Wenn wir heute unser Kulturleben in Steyr anschauen, so ist nach wie vor unser Theater eines der Hauptträger der Kultur in unserer Stadt. Ich bin aber der Auffassung, daß man es nicht so machen soll, wie es heute beantragt wird, nämlich, daß man diese Erhöhung der Pauschalsätze um 7 % in Form der Erhöhung der Eintrittspreise auf die Theaterbesucher überwälzt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch eine bestimmte Kritik an das Land anbringen. Meiner Meinung nach ist diese Kritik voll berechtigt, denn das Land gibt viele finanzielle Mittel aus, die werden oft unkontrolliert und ohne Mitspracherecht in private Geschäfte oder Unternehmungen gesteckt, aber gerade beim eigenen Aufgabengebiet, bei der Kultur, werden die Förderungsmittel nicht berücksichtigt, sondern im Gegenteil, die steigenden Kosten dafür sollen eben andere tragen. Das heißt, daß auch das Landestheater unterdotiert ist auf Grund der gewaltigen Kostensteigerung, dadurch kommt es immer wieder dazu, daß man neue Lasten der unteren Ebene, so wie auch der Gemeinde Steyr, aufhalst. Anstatt daß sich die Gemeindevertreter wehren, daß eine bestimmte Entlastung eintritt, wird ja - wie Sie selbst wissen - die Belastung für die Gemeinde eine immer stärkere und Sie müssen im Endergebnis zu solchen Maßnahmen schreiten, die immer wieder beantragt werden.

Aber Sie können sich hier meines Vorwurfes nicht verwehren, wenn Sie bis jetzt im Landtag bzw. in diese Richtung nicht dieser Forderung auf Grund Ihrer Stärke und massiven Mehrheit Geltung verschafft haben.

Ich bin auch der Auffassung, daß mit dieser Eintrittspreiserhöhung gerade für unseren Raum gesehen die Eintrittspreise viel zu hoch sind. Im Freiverkauf bei einem Sprechstück kostet jetzt die Eintrittskarte bis zu 112,- Schilling, bei musikalischen Aufführungen bis zu 169 Schilling.

Abschließend möchte ich noch einmal erklären, ich kann als KP-Fraktion nicht gegen diesen Antrag stimmen, weil ich unterstrichen habe, daß es notwendig ist und daß wir

es begrüßen, daß es zu diesem Werkvertrag gekommen ist. Ich werde für den Abschluß des Werksvertrages stimmen, aber natürlich anerkenne ich damit nicht die Überwälzung der 7 % Erhöhung auf die Eintrittspreise.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Alle Jahre wieder befaßt sich der Gemeinderat der Stadt Steyr vor Beginn der neuen Theatersaison mit dem neu abzuschließenden Werksvertrag und damit verbunden mit der Erhöhung der Eintrittspreise und Tarife. An sich dürfte man diesem Antrag auf Erhöhung um 7 % die Zustimmung nicht geben, denn die Stadtgemeinde Steyr hat die Verpflichtung, gerade auf kulturellem Gebiet, allen Einwohnern gegenüber und vor allem jenen gegenüber, die der niederen Einkommensschicht angehören, sie am kulturellen Leben der Stadt Steyr teilhaben zu lassen.

Es ist erfreulich, daß die Besucherzahl sehr hoch ist, aber vielleicht sollte man gerade deshalb, um das in Zukunft nicht zu gefährden, die Eintrittspreise nicht immer in der Form erhöhen. Es ist uns aber klar, daß die allgemeine Kostenentwicklung nicht gerade vor den Eingangstüren der Theater der Stadt Steyr halt machen wird. Bedauerlicherweise muß ich aber eines heute wieder feststellen, daß eine Personengruppe, der man gegenüber eine besondere Verpflichtung hätte, wieder nicht berücksichtigt wurde. Ich habe voriges Jahr in diesem Zusammenhang einen Zusatzantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eingebracht, daß alle Schüler, Lehrlinge, Studenten, Präsenzdienler Ermäßigung auf alle Eintrittspreise erhalten sollen.

Dieser Antrag wurde leider nicht im Gemeinderat behandelt, er wurde dem Kulturausschuß weitergeleitet. Wir hätten es gerne gesehen, daß das im Gemeinderat abgehandelt wird, aber vielleicht ergibt sich doch die Gelegenheit, daß man einmal einem Antrag, auch wenn er von der Freiheitlichen Partei kommt, Gehör schenkt.

Wir werden aber aus den vorher erwähnten Gründen schweren Herzens diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall und ich bitte Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat, es ist mir von vornherein bewußt gewesen, daß es zu diesem Punkt Wortmeldungen geben wird. Ich habe auch nicht vergessen, daß hiezu Anregungen, was die Jugend betrifft, schon immer hier im Gemeinderat gemacht wurden. Darf ich zu diesem Punkt nur eines erwähnen, studieren Sie bitte – im Kulturausschuß wurde der diesbezügliche Bericht vorgelegt – was die Jugendveranstaltungen betrifft, die Aufwendungen des Kulturamtes, des Magistrates der Stadt Steyr im Ablauf des Jahres 1980, schauen Sie sich das Programm für das Jahr 1981 an und studieren Sie auch und nehmen Sie sich die Mühe für den Entwurf, den Sie beizeiten bekommen werden für das Jahr 1982, so werden Sie feststellen, daß der Umfang der Jugendveranstaltungen enorm zugenommen hat und daß die Palette vor allem für die Jugend abgestimmt, in die verschiedensten Richtungen ausgebaut wurde. Man darf hier nicht allein das Theater sehen, das ist ein Teilbereich der gesamten Kulturtätigkeit der Stadt Steyr für die Jugend unserer Stadt.

Sonst kann ich nicht viel hinzufügen. In diesem Bereich liegt aber auch die Möglichkeit, gerade für die seinerzeit erwähnten Präsenzdienler, sich zu betätigen an den kulturellen Veranstaltungen innerhalb unserer Stadt. Wir haben bekanntlich seit 1980 mehr Möglichkeiten als früher, kulturell tätig zu sein. Der letzte Bericht, der mir vom Kulturamt zugegangen ist, bestätigt mir, daß es eine äußerst gute Tat war, das Alte Theater wieder zu renovieren und zu reaktivieren, denn das Alte Theater ist ständig ausgebucht und wird mehr frequentiert als das große Haus. Das ist auch verständlich auf Grund der ganzen Intimität die dieses Theater ausstrahlt und auf Grund der Größenordnung, die

für alle Veranstaltungen sehr gut geeignet erscheint.

Wir haben uns bemüht, bei unserer Tätigkeit im kulturellen Bereich, gerade auf die Jugendbedürfnisse besonderes Augenmerk zu legen und gerade die Jugend zu berücksichtigen.

Im übrigen darf ich Ihnen noch mitteilen, Sie werden sich ja heuer wieder mit dem Gesamtbudget befassen, und soweit ich das jetzt als Kulturreferent überblicken kann, werden Sie wieder mit Millionenbeträgen befaßt werden, die für den Kulturbereich aufzuwenden sein werden. Man kann also nicht sagen, es sind hier Kleinigkeiten. Was wir heute beschließen sollen, ist lediglich die Anpassung der Tarife des Theaters gemäß Werksvertrag, der uns die Tarife, die uns auf Grund der Änderungen, die im Linzer Landestheater Platz greifen, und dort auch nicht allein produziert werden, vorschreibt.

Was den Beitrag des Kollegen betrifft, so ist das nur ein Teilbereich. Aber wenn man schon spricht von den Belastungen und den Sorgen, so muß ich z. B. auch an das Erdgas und an das Mineralöl denken, auch das sind Dinge, die nicht von uns produziert werden, sondern von anderswo herkommen. Ich bin überzeugt, um das kurz zu streifen, es ist ja viel zu traurig, um das Kapitel auszudehnen, aber die Polen würden heilfroh sein, wenn sie nur über solche Tariferhöhungen zu diskutieren bräuchten und sich nur mit diesen Problemen auseinandersetzen müßten. Ich glaube, die würden mehr als heilfroh und glücklich sein.

Was den Beitrag des Kollegen Eichhübl betrifft, darf man nicht vergessen, die Stadt hat wohl Verpflichtungen den Bürgern gegenüber. Vergessen Sie nicht, unsere Kulturstätten sind offen für alle. Wir, die Stadt Steyr, leisten Beiträge in erheblichen Grenzen, die nicht nur für Steyrer Bürger, sondern auch für jene aufgewendet werden, die zu uns hereinkommen, um diese Kultureinrichtungen zu benützen. Ich bin froh darüber, denn wir sollen ja in keinem Ghetto sein, aber man darf auch nicht übersehen, daß wir damit auch Leistungen geben, zu denen wir sicher nicht verpflichtet wären.

Daneben darf man nicht vergessen, daß neben den Leistungen des Kulturbereiches noch die gehen, die man gar nicht betrachtet, die auch der Gemeinderat viel zu wenig beachtet. Das sind die Patronanzen, die das Kulturamt privaten Trägern von Kulturveranstaltungen gegenüber übernimmt, womit auch Begünstigungen in der finanziellen Abwicklung auf jeden Fall, neben der natürlichen Mithilfe bei der Veranstaltungsabwicklung, verbunden sind.

In diesem Sinne kann ich wohl sagen, daß wir mit unserem Kulturbudget, in unserem Kulturbereich und unserer Kulturarbeit in Steyr sicher zufrieden sein können, denn die Befürchtungen, die bestanden haben Ende 1980, nach dem Jubiläum wird es wieder tot werden, sind eindeutig widerlegt, wenn man den heurigen Veranstaltungsablauf betrachtet und wenn man das Programm sich vor Augen nimmt, das für 1982 vorgesehen ist. Ich bitte Sie, im Sinne des Vorgebrachten diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Gibt es eine Stimmenthaltung? Auch das ist nicht der Fall. Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Herr Bürgermeister, ich darf um den Bericht über den Flächenwidmungsplan bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Mein dritter und letzter Antrag betrifft einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses und zwar die Änderung Nr. 2 des von uns am 15. Dezember 1977 beschlossenen Flächenwidmungsplanes. Es handelt sich dabei um ein sehr umfangreiches Gebiet oder um eine umfangreiche Materie, die jedenfalls darauf abzielt, im Gesamtrahmen unseres Flächenwidmungsplanes die Entwicklung der Stadt Steyr günstig zu beeinflussen. Zu einer günstigen Beeinflussung zählt natürlich nicht nur der Betriebsbau, dazu zählt genau so der Wohnungsbau, zählt der Einfamilienhausbau, der Straßenbau und alle Infrastruktureinrichtungen etc. mehr. Aber die letzte Entwicklung muß uns auch hellhörig machen, daß wir mehr als bisher versuchen müssen, trotz aller Schwierigkeiten

die zweifelsohne bestehen, auf dem Wohnbausektor alle Initiativen nicht nur auszulösen, sondern auch zu nützen, soweit sie nicht allein von uns kommen, sondern auch von anderen Organen, Gesellschaften, Unternehmungen oder Genossenschaften.

In diesem Sinne besagt der Flächenwidmungsplan, die Änderung Nr. 2, nicht mehr und nicht weniger, als daß bisheriges Grünland in Wohnbaugebiet zum Teil und zum Teil in Industriegebiet, so weit es an der Eisenbahntrasse liegt, umgewidmet werden soll.

Mir ist klar, daß es auch hier Für und Wider gäbe, aber wenn man unter dem Dach der Gesamtentwicklung steht und den Blick auf die Gesamtsituation richtet, so glaube ich, ist dieser Antrag durchaus und in jeder Hinsicht berechtigt.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

21) Bau2-2319/79

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 21. Juli 1981 wird gemäß § 21 Abs. 4 OÖ. Raumordnungsgesetz i. d. g. F. der Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr in der zum seinerzeitigen Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. Dezember 1977, abgeändert und in der Zeit der Auflage (Kundmachung in Nr. 5 des Amtsblattes der Stadt Steyr vom 30. April bis einschließlich 30. Juni 1981) aufgelegenen Form, Planunterlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 1980, Zahl Bau2-2319/79, beschlossen.

Die Kundmachung der Änderung Nr. 2 des Flächenwidmungsplanes erfolgt nach Vorlage beim Amt der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde gemäß § 21 Abs. 5 leg cit. nach § 62 des Statutes für die Stadt Steyr durch Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen diesen komplizierten Text, verfaßt von einem Beamten, so vorgelesen, wie er im Amtsbericht bzw. im Antrag steht. Ich bitte Sie, trotz der Kompliziertheit der Abfassung, Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe mir bereits bei der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses erlaubt, Bedenken gegen diese Änderung des Flächenwidmungsplanes zu äußern. Grundsätzlich ist zur Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 2 aus der Sicht meiner Fraktion zu sagen, daß aus städteplanerischen und auch aus wirtschaftlichen Gründen die Umwidmung im Interesse der Entwicklung der Stadt und auch gleichzeitig im Interesse unserer Bevölkerung gerechtfertigt wäre. Aber, durch diese Umwidmung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, von bisher landwirtschaftlicher Nutzung in diesem Bereich, den der Bürgermeister angeführt hat - es handelt sich hier um den östlichen Teil des Abschnittes 3 in Münchenholz - und dort gibt es auch eine Schrebergartenkolonie, wo über 200 Arbeiter- und Angestelltenfamilien sehr arg betroffen sind. Für sie bedeutet diese Umwidmung, daß sie in absehbarer Zeit ihr Erholungsgebiet, ihre mühevoll bearbeiteten Gärten, ihre liebevoll erbauten Häuschen sicher verlieren werden.

Nicht wenige haben - das möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen - viele Stunden ihrer Freizeit und viele finanzielle Mittel aufgewendet, und es sind dort Beträge aufgelaufen bis zu 100.000 Schilling, die die einzelnen Familien aufgebracht haben und ihre Ersparnisse da hineingesteckt haben. Ich möchte auch hier noch einmal unterstreichen, daß es sich bei diesem Ortsteil, bei diesem Gebiet, um ein Erholungsgebiet der Bevölkerung von Münchenholz handelt, und zwar nicht nur dieser 200. Dieses Gebiet wurde im Laufe der Zeit wirklich zu einem Gebiet der Begegnung, wo viele Menschen Erholung

finden können. Ich bin auch der Auffassung, daß, bevor nicht ein Ersatzgebiet für diese Schrebergärtler bereitgestellt wird, wir dieser Umwidmung nicht zustimmen können.

Gleichzeitig möchte ich mich aber mit einem Argument auseinandersetzen, das mir sicherlich heute vom Referenten – also vom Bürgermeister – vorgehalten wird in seinem Schlußwort, worauf ich bekanntlich nicht mehr antworten kann. Er wird sagen, einerseits muß man das aus wirtschaftlichen Gründen doch so sehen, daß dort eine Infrastruktur vorhanden ist, daß es dort Schulen gibt, die im Gegensatz zu anderen Gebieten nicht voll belegt sind, daß dort Kindergärten stillgelegt sind, weil es in diesem Gebiet wenig Kinder gibt. Es muß dort also eine Bevölkerungsaufforstung vorgenommen werden. Gleichzeitig möchte ich entgegen halten, es gibt doch vieles nicht in diesem Gebiet, wenn es auch einen Hauptstrang gibt für BMW, den wir als Kanal um 9 Mill. Schilling finanziert haben. Es fehlen aber die Kanalbaumaßnahmen zu diesen Wohnhäusern. Es würde auch dort die Wasserleitung zu machen sein, Gas gibt es überhaupt nicht. Man müßte das alles frisch verlegen.

Lassen Sie mich aussprechen, Herr Magistratsdirektor, ich beweise Ihnen nämlich, daß auch in anderen Stadtteilen in unserer Stadt, nämlich im Altstadtbereich, die Infrastruktur vorhanden wäre, sogar diese fehlenden Momente vorhanden wären, z. B. in dem alten Viertel auf der Ennsleite, im Wehrgraben, in der Neustraße und anderen Gebieten, wären alle Bedingungen vorhanden. Ich glaube, daß in diesen Gebieten es für die Stadt günstiger wäre, wenn man nämlich diese Gebiete sanieren würde, die Umbauarbeiten vorrangig behandeln würde und den Wohnbau in diesen Gebieten ausdehnen würde. Das ist ein Argument.

Zum Abschluß erlauben Sie mir noch ein Argument. Mit dieser Umwidmung von Grünland, wie es Bürgermeister Weiss sehr deutlich unterstrichen hat, zum Wohnbaugebiet kommen wir vor allem wem entgegen? In erster Linie den Besitzern dieser Grundstücke, und zwar sind das die Steyr-Werke und der überwiegende Teil gehört der WAG. Gerade jene WAG ist es, die z. B. überhaupt nicht bereit ist, der Stadt eine Konzession zu geben. Wie Sie wissen, ist auf Grund der Ausdehnung unseres Autobusnetzes es erforderlich, daß wir die Autobusgarage in Münichholz erweitern. Aber infolge des Einspruches gerade der WAG ist uns dies in diesem Gebiet nicht möglich. Ich glaube nicht, daß wir diese Frage vorzeitig lösen sollen, nämlich die Umwidmung, bevor bestimmte Interessen damit verknüpft sind, a) der Stadtgemeinde, und b) im wesentlichen der dort befindlichen Kleingärtner.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Da ich mich selbst an der Diskussion beteiligen möchte, bitte ich Kollegen Fritsch um die Vorsitzübernahme.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Kollegen Schwarz um seinen Beitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bin eigentlich überrascht, daß von Kollegen Tremel ablehnende Äußerungen gemacht wurden und er sogar angekündigt hat, daß er gegen diese Umwidmung stimmen wird. Er hat gesagt, daß dort Arbeiter und Angestellte ihre Freizeit verbringen, sicherlich unter großen Mühen – aber das wird ja nicht bestritten – Schrebergärten betreiben. Ich möchte aber auch sagen, daß gerade Du, Otto, einer bist, der darauf hinweist, wie wichtig es ist, daß die Entwicklung der Stadt auf dem Sektor des Wohnbaues sich entsprechend fortsetzt. Hier, glaube ich, ist es eine Frage der Wertigkeit, wie die Entwicklung der Stadt eingeschätzt wird von der Allgemeinheit und wie die Schrebergärten eingesetzt werden.

Im übrigen darf ich dazusagen, daß dieses ganze Problem sicher letztlich von der WAG mit den derzeitigen Benützern dieser Grundstücke auszutragen sein wird. Daß also die Stadt unmittelbar gar nicht so betroffen ist, daß wir aber sehr wohl Interesse haben, daß der Entwicklung der Stadt die entsprechenden Möglichkeiten eingeräumt werden.

Dazu sind wir als Gemeinderäte, so glaube ich, alle verpflichtet. Mir ist von der WAG bekannt, daß derzeit jeder der dortigen Schrebergartenbenützer jährlich prekaristisch eine Mitteilung erhält, daß nur für ein Jahr diese Benützung, eben im Hinblick auf die künftige Entwicklung, verlängert wird. Ich bin von der WAG informiert, daß man daran denkt, dieses Gebiet für Wohnbauten zu nützen. Die entsprechenden Einreichungen bei der Landesregierung, Wohnbauförderung, können erst dann vollzogen werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen widmungsmäßig vorliegen. Das ist ganz klar, die Pläne können erst dann ausgearbeitet werden. Mir ist bekannt, daß daran gedacht ist, daß die WAG sowohl Miet- als auch Eigentumswohnbauten errichten will, und sogar einen Wunsch, den die Stadt in vielen Bereichen hat und auch dafür Beispiele gesetzt hat; erfüllen will, und zwar einen Teil zu parzellieren und diese an siedlungsbereite Steyrer verkaufen möchte. Ich glaube, daß dieses Vorhaben der WAG für unsere Stadt sehr gut ist, daß wir es unterstützen sollten und daß letztlich, wenn in dieser Form das geschieht, sicher auch damit verbunden ist, daß dieses Gebiet weiterhin zur Erholung – wenn ich das im weiteren Sinne auch ausführen kann – dienen wird, wenn dort Eigenheime errichtet werden.

Im übrigen möchte ich doch darauf hinweisen, daß es nicht unbedeutend ist, daß vorhandene Infrastrukturen entsprechend ausgenützt werden. Wir sind auf Grund der geringen Kinderzahl gezwungen, in Münichholz einen Kindergarten zu schließen, um nur einen Teilbereich anzuziehen. Ich glaube, daß auch andere infrastrukturelle Einrichtungen im Münichholz vorhanden sind, die durchaus in der Lage sind, zusätzliche Wohnbevölkerung gerade in diesem Gebiet aufzunehmen.

Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Beitrag und gebe ihm wieder den Vorsitz zurück und möchte ihn gleichzeitig ersuchen, auch meine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt zu registrieren.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Kollegen Fritsch um seinen Beitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nachdem es eine Art Duell zwischen Kollegen Schwarz und mir bedeutet, sei nun ganz kurz der Standpunkt meiner Fraktion und auch der Standpunkt im Hinblick auf unsere Zustimmung zu diesem Antrag erläutert.

Einiges hat Kollege Schwarz schon vorweggenommen. Ich glaube, man darf die Umwidmung nicht aus der grundsätzlichen Idee verlieren. Die grundsätzliche Idee liegt dahin, daß im Bereich Münichholz es unbedingt notwendig ist, den Wohnbau und sicherlich auch den Eigenheimbau zu forcieren. Schon aus der gesamten Struktur der Bevölkerung heraus, aus den angezogenen infrastrukturellen Einrichtungsproblemen heraus, aber auch weiterhin dahingehend zu sehen, daß die Wohnungsnot in unserer Stadt nach wie vor noch erdrückend ist. Jeder, der mit diesen Problemen befaßt wird, und das sind Sie alle als Mitglieder des Gemeinderates, wird konzedieren, daß die Zahl der Wohnungssuchenden kaum abnimmt. Man also die Möglichkeit einmal schafft, durch eine Umwidmung eines für Wohnbauten geeigneten Landes überhaupt den Wohnbau zu forcieren. Ich glaube, aus der Sicht heraus, muß man einmal die Zustimmung geben. So ist es für mich eigentlich bedeutungslos, wer der derzeitige Besitzer dieses Gebietes ist, ob das die WAG, ob das die Steyr-Werke, ob das unter Umständen die Gemeinde selbst wäre, ob das eventuell die GWG oder eine andere private Besitzinstitution wäre. Ich glaube, das Primat der Überlegungen und dieser Beschlußfassung liegt dahingehend, durch eine hier vom Gemeinderat beschlossene Umwidmung, überhaupt erst einmal die Möglichkeit zu schaffen, in diesem Gebiet vor allem wohnbaumäßig tätig zu werden. Ich glaube, es ist aus der Sicht heraus ein Beweggrund, um diesem Umänderungs- und Abänderungsplan die Zustimmung geben zu müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Herr Kollege Tremel

zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mich verwundert die Haltung meiner Vorredner sehr, die gerade eines außer acht ließen, daß ja hunderte Menschen betroffen sind, und hunderte Menschen bis jetzt überhaupt nicht wissen, was geschieht, auch wenn ihnen bekannt ist auf Grund ihrer Pachtverträge, daß unter Umständen diese errichteten Häuschen, Wochenendhäuschen und Gärten beseitigt werden.

Aber meine Damen und Herren, eines ist doch klar, daß gerade durch diese Umwidmung die Möglichkeit besteht, in absehbarer Zeit, dort eine Veränderung vorzunehmen, ohne daß man noch einmal darüber diskutiert oder ein Wort verloren hätte von der Mehrheit oder den anderen Parteien, was dort wird mit diesen Familien. Gibt es denn keine Möglichkeit, mit dem Besitzer Gespräche zu führen, daß man Ersatz- bzw. Randgebiete zur Verfügung stellt, wie das in anderen Orten und Gebieten unserer Republik geschehen ist, um bestimmte Erholungsgebiete für diese Arbeiter und Angestellten, zu erhalten. Das sind nämlich Arbeiter und Angestellte, die keine Villen außerhalb der Stadt haben, die keine Zweitwohnungen besitzen im Grünland. Das kann doch nicht so bedeutungslos sein für eine Gemeindevertretung wie Steyr. Grundsätzlich habe ich aber erwähnt und da kann mir nicht der Vorwurf gemacht werden, ja der Treml hat vergessen, sein sogenanntes Steckenpferd vergessen, alles zu tun, um die Wohnungsnot in Steyr zu beseitigen, daß er das mit diesen Gärtnern jetzt vergessen hat. Hier muß man sehen, daß man eine Möglichkeit schafft, bevor man diese Umwidmung beschließt, daß man auf den Grundbesitzer seitens der Gemeinde einen Einfluß ausübt.

Sie werden doch nicht glauben, daß die dort meist Abhängigen vom großen Steyr-Werk eine große Protestaktion gegen ihren Arbeitgeber starten werden. Ich kenne andere Dinge der letzten Zeit, wie man hier einen Druck ausübt auf Funktionäre der Sozialistischen Partei, weil sie sich einsetzen gerade für die Bevölkerung dieses Wohngebietes. Daher sind meine Äußerungen gefallen.

Ich wäre sicherlich dafür, daß aus wirtschaftlichen Gründen – das möchte ich nochmals betonen – und auch aus städteplanerischen Gründen in nächster Zeit hier eine Veränderung vorgenommen wird. Aber wenn wir das jetzt schon umwidmen, werden wir für diese Kleingärtner nichts herausholen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Punkt noch jemand zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Herr Bürgermeister, ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat, ich glaube, es liegen hier doch einige Uneinsichtigkeiten seitens des Kollegen Treml vor, die entweder aus Uninformiertheit oder auch aus anderen Gründen bestehen.

Sie müssen den Antrag, den ich Ihnen vorgelegt habe, in zwei Teile gliedern. Der erste Teil betrifft jenes Gebiet, das der Ausweitung und dem Vollausbau des BMW-STEYR-Motorenwerkes **dient**, das ist das Gelände des seinerzeit geplantes Flugplatzes der Steyr-Werke, der auch in diesem Bereich dort unten liegt. Das ist aber alles noch im alten Plan als Grünland ausgewiesen und dieses muß in Industriebaugebiet umgewidmet werden. Das ist der eine Teil und ich glaube, hier gibt es überhaupt keine Einwendungen, das ist eine logische Folge unserer früheren Entscheidungen.

Das Zweite betrifft die Ausweitung eines Wohngebietes in Steyr. Hiezu muß man eines sagen im Sinne der Gesamtübersicht. Wir haben gar nicht so viele Möglichkeiten auf unserem relativ kleinen Stadtareal von nicht ganz 27 km², unsere Wohnbautätigkeit auszuweiten, ohne nicht sehr große, weitgespannte Versorgungslinien, Leitungen und Wege zu errichten. In diesem Bereich grenzt das zitierte Gebiet an ein bestehendes Wohngebiet in Münchenholz an und es ist daher ganz logisch, daß eine Verlängerung der Versorgungseinrichtungen weniger kosten wird, als ein völlig neu zu etablierendes Gebiet im Norden der Stadt irgendwo draußen. Das ist ein Gesichtspunkt. Mag man nun beipflichten oder ihn ablehnen.

Was die rechtlichen Verhältnisse betrifft, wurde von Kollegen Schwarz schon erwähnt, es sind privatrechtliche Verträge zwischen der privaten Gesellschaft WAG und zwischen den privaten Pächtern Mayr, Huber und Berger. Ich glaube, die Gemeinde sollte sich in diese privatrechtlichen Verhältnisse, die ohne Zutun der Gemeinde zustande gekommen sind, auch nicht bei der Auflösung einmischen, denn dann gäbe es künftighin kein Ende mehr. Auf der einen Seite verlangt man die Herausnahme der öffentlichen Hand aus irgendwelchen privaten Vereinbarungen und Bedingungen und hier sollte die Gemeinde wieder den Schirm- und Schutzherr und Schiedsrichter in allen privatrechtlichen Fragen spielen. Meine Damen und Herren, es geht nicht so, einfach so zu mischen, wie man Karten mischt. Das sind Grundsätze, die man auch zu befolgen hat, wenn man sie aufgestellt hat. Ich glaube, es ist unbestritten, daß wir uns nicht in alles einmischen können, was in Steyr privatrechtlich vereinbart wird.

Zur Sorge des Kollegen Treml und zur Information der übrigen Mitglieder des Gemeinderates und der Presse, darf ich mitteilen, daß wir schon seit geraumer Zeit die Absicht hegen, auf Grund des Wunsches des Schrebergartenvereines Steyr, diesem Verein eine Erweiterung seiner Betätigung zu ermöglichen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das hat damit nichts zu tun!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es betrifft die Schrebergärten, und Dein Beitrag betrifft auch die Schrebergärten. Es wurde der Schrebergartenverein zu einer Besprechung eingeladen, wir sind dabei, alle sind äußerst interessiert daran, die noch nicht genutzten Flächen in der Waldsiedlung, die von den Stadtstromleitungen überspannt werden und daher nicht bebaubar sind im Sinne einer Wohnhausverbauung, daß wir diese Flächen nunmehr vom Planungsreferat des Referates ordnen lassen und es wurde dem Schrebergartenverein zugesichert, daß wir in nächster Zeit die Pläne vorlegen, damit sie sich äußern können. Angeblich liegen 50 Bewerbungen beim Verein vor für die Ausübung der Schrebergartentätigkeit. Ich sage das deshalb, damit nicht der Eindruck entsteht, es werden Schrebergärten vernichtet und dafür wird kein Ersatz geboten.

Zur WAG selbst noch muß ich etwas sagen. Die WAG ist eine privatwirtschaftliche Einrichtung am Wohnbausektor. Wir als GWG der Stadt Steyr wissen genau, - sie brauchen nur die Ziffern der neu gebauten Wohnungen anschauen - daß wir nicht in der Lage sind, den gesamten Wohnungsbedarf in Steyr zu decken. Dazu ist die GWG der Stadt Steyr einfach nicht in der Lage, auch wenn sie die größte Gesellschaft in Steyr ist. Wir müssen und sind bemüht, mit allen möglichen Organisationen, Genossenschaften und Wohnbauvereinigungen in Kontakt zu kommen, um diese zu interessieren, in Steyr einen Wohnbau oder eine Siedlung zu errichten. Ich erinnere an die Neue Heimat, die auf den Dorngründen mehr als 70 Wohneinheiten errichtet. Die WAG wiederum hat im Münichholz das Projekt mit 200 Wohnungen geplant, das unseren Wohnungsmarkt sicher etwas entlasten wird. In Anbetracht, daß der fortschreitende Ausbau der Motorenfabrik mehr qualitativen Wohnraum verlangt.

Dazu ist noch zu sagen, daß diese Umwidmung des Flächenwidmungsplanes eine prophylaktische Maßnahme ist, um überhaupt diesen Wohnbau später im bewußten Gebiet erweitern zu können. Wann allerdings dieser Wohnbau errichtet werden soll, wann die WAG dort tätig werden soll, das liegt gegenwärtig außerhalb unserer Beurteilungsmöglichkeit, denn wir alle wissen, - hier spreche ich ein sehr hartes Wort aus - daß die Wohnbaufinanzierung generell gesehen in einer argen Krise steckt. Das möchte ich ganz deutlich sagen, denn die Verringerung der Zahl der Wohnungen beweist das ja. Unter diesem Gesichtspunkt wird es gar nicht so schnell möglich sein, auf den umzuwidmenden Flächen sofort eine Bautätigkeit zu entwickeln, sondern es wird noch Jahre dauern meines Erachtens, bis die nötigen Mittel bereitgestellt sind, damit die WAG als Grundbesitzer und Bauherr sich dort entwickeln kann und wieder neue Wohnungen schaffen wird können. Man muß alles im Gesamtrahmen sehen. Ich kenne nicht die Schwierigkeiten der Einzelnen, die sich dort niedergelassen haben, muß aber doch sagen, die Erkenntnis, vertraglich zu wissen, daß ich nur von Jahr zu Jahr damit rechnen kann, dort

bleiben zu können, müßte von vornherein zu äußerster Vorsicht bei eventuellen Investitionen Anlaß gegeben haben. Ich weiß, daß das durchwegs sehr schöne Schrebergärten sind, aber momentan ist von einer Schleifung oder von einer Entfernung keine Rede. Mehr dazu zu sagen erübrigt sich meines Erachtens nach. Ich habe nur versucht, einige Hinweise zu geben.

Ich bitte Sie daher, dem entsprechenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Trembl - KPÖ) angenommen.

Ich danke Herrn Bürgermeister für seine Berichte und ersuche ihn, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Vorsitzführung. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schwarz, ich bitte ihn zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag werden Sie gebeten, der Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr" an verdiente Sportler und Funktionäre zuzustimmen. Im Jahre 1975 hat der Gemeinderat Richtlinien über diese Möglichkeit beschlossen. Der entsprechende Antrag lautet:

3) Sport-1266/81

Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateuresportes Außerordentliches geleistet haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

In GOLD gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiet des Körpersportes - Erziehung, Unterricht etc. - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Bartlhuber Josef, Jahrgang 1921, Obmann des ATSV Stein - 27jährige Tätigkeit.

Benedikt Erich, Jahrgang 1931, Sportwart des OÖAMTC Steyr - 30jährige Tätigkeit.

Brandstetter Hugo, Jahrgang 1930, Obmann des 1. Motor-Sport-Clubs Steyr (von 1952 bis 1959 ÖMV Steyr, seit 1960 1. MSC) - 29jährige Tätigkeit.

Brendl Emmerich, Ing., Jahrgang 1931, Kassier des Tanzsportklubs Steyr - 25jährige Tätigkeit.

Denkmayr Max, Prof., Jahrgang 1905, Beirat des OÖAMTC Steyr - 36jährige Tätigkeit.

Enöckl Franz, GR, Jahrgang 1931, Schriftführer des ATSV Stein - 27jährige Tätigkeit.

Feitzinger Josef, Jahrgang 1930, Kassier des OÖAMTC Steyr - 30jährige Tätigkeit.

Holub Bruno, Dr, Jahrgang 1911, Beirat des OÖAMTC Steyr - 36jährige Tätigkeit.

Kerl Karl, Jahrgang 1929, Obmann des OÖAMTC Steyr - 27jährige Tätigkeit.

Plaimauer Walter, Jahrgang 1931, Kassier des 1. Motor-Sport-Clubs Steyr (von 1955 bis 1959 ÖMV Steyr, seit 1960 1. MSC) - 26jährige Tätigkeit.

Weinberger Hubert, Jahrgang 1919, Beirat des ASKÖ Tabor (von 1956 bis 1970 ASV Bewegung, seit 1971 ASKÖ Tabor) - 25jährige Tätigkeit.

Wipplinger Arthur, Jahrgang 1930, Geschäftsf. Obmann des ASKÖ Schivereines (von 1956 bis 1969 ASV Bewegung, seit 1970 Schiverein) - 25jährige Tätigkeit.

Sportehrenzeichen für Sportler:

In GOLD gemäß III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie berufen wurden, Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften zu vertreten).

Angerbauer Regina, Jahrgang 1959, Mitglied des Heeressportvereines Steyr; hat an der Europameisterschaft 1981 in Karate in Venedig teilgenommen. Überdies Staatsmeisterin 1979 und 1980 sowie OÖ. Landesmeisterin in Kata/Karate.

Orbes Franz, Jahrgang 1940, Mitglied des Heeressportvereines Steyr; hat an den Weltmeisterschaften 1976 in Paris, 1977 in Bern, 1978 in Madrid, 1979 in Codogno und 1980 in Quantico/Virginia im Schießen mit Vorderladerwaffen teilgenommen.

In BRONZE gemäß III/3 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- und Sportvereines, wenn sie einmal eine österreichische Meisterschaft gewonnen haben).

Kerbl Holger, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr; Staatsmeisterschaft 1981 sowie OÖ. Landesmeister 1980 und 1981 im Kanuslalom/Mannschaft.

Schreiner Christian, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr; Staatsmeister und OÖ. Landesmeister 1981 im Kanuslalom/Mannschaft.

Steinwendtner Werner, Jahrgang 1964, Mitglied von Forelle Steyr; Staatsmeister und OÖ. Landesmeister 1981 im Kanuslalom/Mannschaft.

Winkler Helmut, Jahrgang 1954, Mitglied des Heeressportvereines Steyr; Staatsmeister 1980 und OÖ. Landesmeister 1979 und 1980 in Kata/Karate.

In BRONZE gemäß III/3 b der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie mindestens dreimal eine Landesmeisterschaft in der gleichen Sportart gewonnen haben).

Pullirsch Christa, Jahrgang 1963, Mitglied von Forelle Steyr; OÖ. Landesmeisterin im Kanuslalom 1980 und 1981 sowie in der Wildwasserregatta 1981.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag mit den Namen gehört. Gibt es dazu Beiträge oder Einwendungen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag werden Sie gebeten, der Fenstererneuerung in der Volksschule Gleink zuzustimmen. Der Antrag lautet:

4) GHJ2-3230/79

Volksschule Gleink; Fenstererneuerung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 7. 7. 1981 werden zur Erneuerung der Fenster in der Volksschule Gleink folgende Aufträge vergeben:

- 1) Lieferung der Fenster: Firma Reform, Steyr-Gleink, zum Preise von S 301.354,-
- 2) Ausführung der Baumeisterarbeiten: Firma Prameshuber, Steyr,
zum Preise von S 105.812,--

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung von

S 407.500,-- (Schilling vierhundredsiebentausendfünfundert)

bei VSt 5/2100/0101 bewilligt. Die Deckung hat durch Einsparung bei VSt 5/2100/0000 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im gemeindeeigenen Objekt Steyr, Industriestraße 2, sind verschiedene Instandsetzungsarbeiten erforderlich. Es ergeht daher folgender Antrag:

5) GHJ2-3939/81

Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Industriestraße 2;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA VI vom 30. 7. 1981 wird zur Instandsetzung des gemeindeeigenen Objektes Steyr, Industriestraße 2 (Instandsetzung der Fassade, Auswechslung der Fenster und diverser Nebenarbeiten) der Betrag von

S 491.000,-- (Schilling vierhunderteinundneunzigtausend)

bei VSt 1/8460/6140 freigegeben.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1) Baumeisterarbeiten: Firma Negrelli, Steyr, zum Preise von	S 131.785,-
2) Auswechslung der Fenster: Firma Reform, Steyr, zum Preise von	S 241.645,-
3) Malerarbeiten: Firma Huber, Steyr, zum Preise von	S 59.170,-
4) Spenglerarbeiten: Firma Gruber, Steyr, zum Preise von	S 44.427,-
5) Tischlerarbeiten: Firma Weidinger, Steyr, zum Preise von	S 13.087,-.

Ich darf auch hier um Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Einwendungen dazu sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht, einstimmiger Beschluß.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag werden Sie gebeten, einer Änderung des Kaufvertrages mit der "Neuen Heimat" zuzustimmen. Der Antrag lautet:

6) ÖAG-3725/75

Erwerb der ehemaligen "Dorngründe" durch die Gemeinn. Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft "Neue Heimat"; neuerliche Abänderung des Kaufvertrages betreffend Kaufpreientrichtung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der neuerlichen Abänderung des Kaufvertrages vom 3. 6. 1976 zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der "Neuen Heimat" dahingehend, daß die Zahlungsfrist des Kaufpreises bis 30. 6. 1982 verlängert wird, wobei die Gesellschaft den Betrag von S 2 Mill. bis 15. 9. 1981 an die Stadt zu entrichten hat, wird zugestimmt. In diesem Sinne wird auch die Bebauungsfrist für die Wohnungen um ein weiteres Jahr verlängert.

Es handelt sich um die Errichtung von insgesamt 77 Wohneinheiten, davon 36 in Form von Miet- und Eigentumswohnungen, 29 in Form von Reihenhäusern und 12 in Form von Bungalows. Ich habe eine Mitteilung seitens der Direktion der Neuen Heimat, daß damit zu rechnen ist, daß in den nächsten Wochen dort der Spatenstich vorgenommen werden kann und auch hier mit der entsprechenden Verbauung noch im heurigen Jahr begonnen werden kann.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Änderung dieser Kaufvertragsbestimmungen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht so. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen? Auch keine, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf eines Industriegrundstückes an die Fa. Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteck-GesmbH.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) ÖAG-4105/81

Firma Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteck- GesmbH & Co.; Verkauf eines
Industriegrundstückes an der Haager Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf von Teilen der städtischen Parzellen 14/4 und 14/2, Kat. Gem. Hinterberg, im Ausmaß von 9100 m² zuzüglich des anteiligen Straßengrundes, der an des öffentliche Gut abgetreten ist, zu je einem Viertel an Karin Hannak, Berta Neudeck, Lieselotte Ratzinger und Christiane Royer, Steyr, Wehrgrabengasse 1 - 7, wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt S 220,-/m², die Entrichtung desselben hat unverzinslich, jedoch wertgesichert, in fünf gleichen Jahresraten zu erfolgen, wobei die erste Rate am 31. 7. 1982 und die folgenden jeweils ein Jahr später fällig werden. Der Kaufpreis ist pfandrechtlich sicherzustellen bzw. durch Bankgarantie zu decken.

Auf dem Kaufobjekt hat die Hack-Werke GesmbH & Co innerhalb von drei Jahren ein Fabriksgebäude zur Führung eines gewerblichen Betriebes, gemäß Abs. 8 des zuständigen Amtsberichtes, zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht im Sinne der Bestimmungen des Bürgerlichen Rechtes vor.

Sämtliche, mit dem Kauf verbundenen Kosten und Gebühren, einschließlich Vermessungskosten, tragen die Käuferinnen. Von der Stadt wird zur Kenntnis genommen, daß die Hack-Werke GesmbH & Co. allen Bestimmungen des Kaufvertrages mit den genannten Käuferinnen als Bürge und Zahler beitrifft.

Weiters verpflichtet sich die Stadt schon heute, im Falle der Nichtausübung der Option durch die Firma METAKU, das von diesem Recht umfaßte Grundstück zu den gleichen Bedingungen an die heutigen Käuferinnen zu übereignen. (BEILAGE B)

Ich bitte Sie um die Abführung der Diskussion und um die Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Herr Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich nicht falsch gehört habe, ist die Antragstellung von Bürgermeister Schwarz im Bezug auf den Verkauf dieses Industriegrundstückes falsch. Nämlich die Bezeichnung "Verkauf eines Industriegrundstückes an die Fa. Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteck-GesmbH & Co., da er im Antrag keinen einzigen Gesellschafter dieser Firma genannt hat. Der Verkauf dieses Grundstückes der Stadt Steyr im erwähnten Ausmaß von 9.100 m² erfolgt nicht an die sogenannte Auffanggesellschaft der Hack-Werke, Maschinenbau- und Besteck-GesmbH & Co, an die Herren Dipl. Ing. Eberhard Neudeck, Hubert Ratzinger, Proyer aus Sattledt und Dr. Hannak aus Wels, sondern aus bestimmten Gründen an die hier genannten Ehefrauen. Das möchte ich ganz deutlich feststellen. Also die Ehefrauen dieser Geschäftsinhaber wurden hier genannt, und zwar die Frauen Karin Hannak, Berta Neudeck, Lieselotte Ratzinger und Christiane Royer. Den Kaufpreis von 220,- Schilling brauchen diese Damen erst beginnend mit 31. Juli 1982, also auch in Raten, und zwar in 5 gleichen Jahresraten, entrichten. Wiederum die Ehegatten als Gesellschafter der Hack-Werke GesmbH & Co. würden diese Grundstücke, die im

Besitz ihrer Ehefrauen sind, mieten und sich verpflichten, innerhalb von drei Jahren ein Fabriksgebäude zu errichten. Im Hinblick auf eine neue Betriebsstättenerrichtung würde meine Fraktion dem Grundverkauf selbstverständlich zustimmen an diese Gesellschafter, aber nicht dieser unkorrekten Transaktion, die hier vorgeschlagen wird, über die Ehegattinnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Mausz bitte.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Diese Transaktion ist mir auch etwas schleierhaft, ich kenne mich zwar im Finanzbereich ganz gut aus und weiß, daß hier mögliche andere Besitzer eingesetzt werden, um steuerlich oder bei etwaigem Niedergang dieser Auffanggesellschaft, daß die Firmen selbst nicht belastet werden, die hier als Auffanggesellschaft auftreten. Diese Konstruktion ist mir klar geworden. Ich frage jetzt aber konkret, welche Sicherstellung bieten die Damen hier an, daß das wirklich bezahlt wird und daß das nicht irgendwo unter den Hammer kommt und die Gemeinde hat weder das Grundstück noch das Geld.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächste Wortmeldung Gemeinderat Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die Wortmeldung des Kollegen Mausz hat mich bewogen, auch das Wort zu ergreifen. Die Sicherstellung geht meines Erachtens nach aus dem Amtsbericht hervor. Es ist dort von einer Bankhaftung die Rede und das ist zumindest meines Wissens nach durchaus üblich, eine entsprechende Bankhaftung als Garantie anzuerkennen. Was aber Kollege Treml gesagt hat, das erfüllt mich ein bißchen mit Befremden. Er gibt immer vor, als Sprecher für die arbeitenden Menschen einzutreten und schiebt jetzt eigentlich formalrechtliche Gründe vor, um eben eine Weiterführung dieser Gesellschaft hintanzuhalten, wenn man diese Zustimmung im Gemeinderat nicht geben würde. Ich glaube, daß die Problematik, wie sie heute schon eingehend erörtert wurde, doch in der Zusammenfassung gesehen werden muß.

Wenn der Herr Bürgermeister eingangs über die Beschäftigungssituation, über die problematische Wirtschaftssituation auf der ganzen Welt und natürlich auch auf deren Auswirkung auf unser Land berichtet hat, so gibt das Anlaß zu einer gewissen Sorge, auch wenn wir im Bezirk Steyr unter 2 % Arbeitslosen liegen. Ich meine damit die möglichen vermittelbaren Arbeitslosen. Es ist aber doch ein deutliches Ansteigen der Arbeitssuchenden auf Grund des letzten Berichtes des Arbeitsamtes Steyr festzustellen. Gemessen am Vergleichszeitraum vom Juli des vergangenen Jahres, z. B. in der Metallbranche, ein Plus von 29 % Arbeitssuchenden als vor einem Jahr.

Die Firma Hack hat hier in Steyr eine große Tradition und ich glaube, daß gerade wir als Gewerkschafter sehr froh sein können und müssen, daß dort der Betrieb wieder fortgesetzt wird. Unseres Wissens nach gibt es dort mittlerweile 60 - 70 Beschäftigte und es sieht so aus, daß dieser Betrieb auch florieren und funktionieren würde. Vor allen Dingen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten und Chancen im Bereich des Sondermaschinenbaues, wo sie Patente entwickelt haben und auch im Export gute Erfolge erreichen konnten in jüngster Zeit. Wir konnten uns bei einem Besuch dieser Firma davon überzeugen, daß gerade eine große Maschine, von der wir eigentlich gar nicht geglaubt hätten, daß sie im Wehrgraben erzeugt wird, nach Brasilien versendet wurde. Wir haben aber auch feststellen müssen, und das erfüllt meinen Kollegen Feuerhuber und mich, als Wehrgrabler, nicht mit Freude, daß diese Firma weggehen will von ihrem angestammten Betriebsstandort. Aber man muß halt auch bestimmte betriebswirtschaftliche Überlegungen einfach einsehen. Man kann eben nicht nur das sagen, was andere gerne hören würden, das geht nicht. Wir haben erleben müssen, wie mittels Hubstapler ein Lastfahrzeug um das Eck gehoben werden mußte, damit es die Einfahrt passieren konnte. Es ist halt heute unmöglich, in einem

Betrieb, der sehr veraltet ist, der sehr große Niveauunterschiede hat, überall undicht ist, eine moderne Produktion aufzuziehen. Nur mit einem neuen Betriebsgebäude wird diese Firma eine Chance haben, zu überleben, in dieser schwierigen Zeit zu überstehen. Ich kann mir auch vorstellen, daß die Kapitaldecke dieser Firma nicht sehr dick ist und daß natürlich bestehende steuerliche Möglichkeiten, so wie überall in der Wirtschaft, ausgenützt werden. Ich glaube auch nicht, obwohl ich kein so guter Kenner der Finanzsituation und des Steuerrechtes bin, daß vor allen Dingen die Vorteile nachher im Pachtschilling gelegen sein werden und gar nicht so sehr jetzt beim Ankauf. So sehe ich die Dinge und ich glaube, daß formalrechtliche Gründe kein Anlaß sein sollten, die Weiterführung dieser Firma zu verhindern. Wir sehen es als einen möglichen Beitrag der Gemeinde und des Gemeinderates, diese Firma bestehen zu lassen. Vielleicht ist es möglich, daß sie sich wieder zu neuer Blüte entwickelt. Daher würde ich die Damen und Herren des Gemeinderates bitten, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Holub, dann zum zweiten Mal Gemeinderat Treml. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren.

Ich möchte nicht sitzungverlängernd wirken, indem ich versuche, mit den mir möglichen wenn auch untauglichen Mitteln diesen Amtsbericht zu erörtern. Fest steht, daß meine Fraktion der Ansicht ist, daß es unbedingt notwendig ist, den Fortbestand der Firma zu gewährleisten. Fest steht, daß es unbedingt notwendig ist, die Auffanggesellschaft in allen nur möglichen Formen zu unterstützen. Daher hat auch meine Fraktion ja gesagt zu diesem Antrag und bleibt selbstverständlich auch noch bei dieser Haltung. Ich möchte nur einen Gedanken noch mit dazu bringen – verzeihen Sie mir, wenn er etwas ungeordnet ist – man sollte versuchen, diese Grundveräußerung an eine Betriebsverpflichtung zu koppeln, dann wären alle diese Bedenken ausgeräumt, die hier angemeldet wurden. Ich denke an eine dezidierte Betriebsverpflichtung, wobei das Wiederkaufsrecht der Stadt bei Nichterfüllen der Betriebsverpflichtung zum Tragen kommt. Das sollte man hier noch einmal betonen, und ich glaube, dann sind die wesentlichen Bedenken ausgeräumt, denn letztendlich sollten wir hier im Gemeinderat diskutieren, welche steuerlichen Konstruktionen zum Fortbestand eines Betriebes führen oder auch nicht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Für mich ist sehr verwunderlich, daß Du, Hermann, hier als Verteidiger einer so krummen Sache auftrittst.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigung, ich möchte schon sagen, es ist eine Unterstellung gegenüber dem gesamten Gemeinderat, zu behaupten, daß wir eine krumme Sache machen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe nicht gesagt, der Gemeinderat, sondern diese krumme Sache. Ich habe zum Beispiel auch nicht erwähnt, die steuerlichen Gründe sind bestimmte Gründe. Wenn das Kollegen der anderen Fraktionen getan haben, so wundert es mich noch deutlicher bei Dir, weil Du weißt genau, daß die große Masse der Bevölkerung nie solche Transaktionen tätigen kann, sondern Du von Deinem Gehalt, und jeder Angestellte, die vollen Steuern zu leisten hat. Der Hauptanteil unseres Staatshaushaltes kommt aus diesen steuerlichen Leistungen der Arbeiter und Angestellten. Daher wundert es mich, daß Du dieser Transaktion, dieser unkorrekten Transaktion, das Wort sprichst.

Ich sage es noch einmal, im Antrag lautet es an die Auffanggesellschaft und die hat

wiederum nichts mit den Ehegattinnen zu tun. Das möchte ich noch einmal unterstreichen. So hat Kollege Schwarz diesen Antrag gestellt. Ich unterstreiche deutlich, daß auch meine Fraktion bereit wäre, dem Grundverkauf zur Errichtung einer Betriebsstätte und zur Sicherung der Arbeitsplätze, die dort in Frage gestanden sind, an die Auffanggesellschaft – also die Gesellschafter, die ich namentlich genannt habe – zuzustimmen, wenn diese unkorrekte Transaktion nicht beinhaltet wäre.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Damit ist die Diskussionsrednerliste abgeschlossen. Der Referent will noch ein Schlußwort sprechen, ich bitte darum.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auch dagegen verwehren, daß seitens des Kollegen Tremel Ausdrücke gebraucht werden, wie unkorrekte Vorgangsweise oder falsche Transaktion oder falsche Berichterstattung. Es ist im Amtsbericht aber auch im Antrag sehr eindeutig darauf hingewiesen, in welcher Form es möglich ist – Kollege Leithenmayr hat bereits darauf hingewiesen – es waren viele Verhandlungen dazu notwendig, die Voraussetzungen für ein Weiterbestehen dieses Betriebes zu schaffen. Das steht im Vordergrund. Ich gebe zu, daß es ungewöhnlich ist, das bestreite ich durchaus nicht. Wir glauben aber, daß auf Grund der steuerlichen Situation und der Möglichkeit, diese entsprechend auszunützen, wir die Möglichkeit haben, auf Grund der Überlegungen des Betriebes, diesen Betrieb in Steyr zu halten. Ich möchte auch darauf hinweisen, Kollege Holub, daß sowohl im Amtsbericht, Seite 4, 2. Absatz, steht, die Käuferin verpflichtet sich, auf dem Grundstück innerhalb von drei Jahren eine Betriebsanlage durch die Fa. Hack-GesmbH, durch deren legitimierte Rechtsnachfolger zu errichten und zu betreiben, die der Fertigung von Bestecken und dem Bau von Maschinen dienen soll. Zur Sicherung dieser Verpflichtung begält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches vor. Das ist im Amtsbericht und im Antrag, ebenfalls im 2. Absatz, enthalten: Auf dem Kaufobjekt hat die Hack-Werke GesmbH & Co. innerhalb von drei Jahren ein Fabriksgebäude zur Führung eines gewerblichen Betriebes zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht im Sinne des Bürgerlichen Rechtes vor. Es ist also eindeutig im Antrag und auch im Amtsbericht enthalten. Auf die Bankgarantie hat bereits Kollege Leithenmayr hingewiesen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, Entschuldigung, es besteht hier eine Meinungsverschiedenheit. Ich glaube, daß die Textierung im Antrag wohl ausreicht, denn es heißt dort zur Errichtung und zur Führung eines gewerblichen Betriebes. Führen kann ich nur einen Betrieb, der wirklich in Betrieb steht und nicht einen, der nicht existiert. Man könnte vielleicht noch eines tun, daß wir mit Ihrer Zustimmung den Antrag dahingehend ergänzen, daß der Satz eingefügt wird, der die Betriebspflicht unterstreicht, und zwar: Gemäß Seite 4 des Amtsberichtes. Ich glaube, das würde vollauf ausreichen. An sich würde die Errichtung und die Verpflichtung zur Führung eines Betriebes ohne weiteres ausreichen, die Garantie zu gewährleisten.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Andererseits sieht man, was Alber gemacht hat, der hat sich an keinen Vertrag gehalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das sind gewerberechtliche Fragen, aber der Betrieb floriert ja, allerdings in einer anderen Form.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, man kann doch nicht von vornherein, wenn ich einen Vertrag abschließe, dem Vertragspartner unterstellen, daß er den Vertrag nicht einhält. Da würde sich jedes Geschäftsleben und jeder Geschäftsverkehr aufhören.

So ist es nicht möglich. Wenn ich einen Vertragspartner habe, muß ich ihm von vornherein unterstellen, daß er bereit ist, diesen Vertrag einzuhalten. So kann ich nicht argumentieren, daß ich sage, er hält ihn vielleicht nicht ein. Das ist in meinen Augen keine Argumentation. Das geht daneben und ist außerdem unsachlich. Ich würde bitten, daß wir im Sinne der Erhaltung der Arbeitsplätze – es sind zunächst ca. 60 – dem zustimmen und wir haben allen Grund, daß wir gerade in Steyr darauf dringen, daß wir auch unter diesen Umständen diesen Beschluß fassen, weil wir in der Zukunft noch sehr froh sein werden, diesen Betrieb zu haben.

Ich bitte nochmals um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, würde ich folgendes vorschlagen. Nehmen Sie den Amtsbericht und den Antrag zur Hand. Dort steht: "Auf dem Kaufobjekt hat die Hack-Werke GesmbH & Co. innerhalb von drei Jahren ein Fabriksgebäude zur Führung eines gewerblichen Betriebes – hier gehört jetzt das eingefügt – gemäß Abs. 8 Seite 4 des zuständigen Amtsberichtes, zu errichten. Damit ist die ganze Sache klar und deutlich ausgesprochen. Sind Sie mit dieser textlichen Ergänzung einverstanden?

In diesem Sinne darf ich zur Abstimmung kommen. Ist jemand gegen den vorgebrachten Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist beschlossen. (1 Gegenstimme – GR Tremml/KPÖ).

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, werden Sie gebeten, einem Grundverkauf an die Ehegatten Dipl. Ing. Heinz und Gerda Hulla, in Steyr, Buchet 5, Der Antrag lautet:

8) ÖAG-2687/81

Grundverkauf an die Ehegatten Dipl. Ing. Heinz und Gerda Hulla.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf der Grundparzelle 1554, Kat. Gem. Föhrenschacherl, im Ausmaß von 1482 m² zum Preise von S 350,-/m², insgesamt S 518.700,-, an die Ehegatten Dipl. Ing. Heinz und Gerda Hulla, Steyr, Buchet 5, wird zugestimmt. Die Käufer sind verpflichtet, auf dem Kaufobjekt innerhalb von sechs Jahren ein Wohnhaus zu errichten, wobei sich die Stadt zur Sicherung dieser Verpflichtung ein Vor- und Wiederkaufsrecht vorbehält. Sämtliche, mit dem Kauf verbundenen Kosten, gehen zu Lasten der Käufer.

Bürgermeister Weiss verläßt um 15.35 den Sitzungssaal.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nachdem Herr Bürgermeister Weiss kurzfristig den Saal verlassen hat, habe ich den Vorsitz übernommen.

Der Antrag des Kollegen Schwarz steht zur Diskussion. Ich frage, wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Darf ich fragen, wer sich gegen den Antrag ausspricht? Enthält sich jemand der Stimme? Der Antrag ist einstimmig beschlossen, ich bitte um den nächsten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es ebenfalls um einen Grundverkauf und um Flächenberichtigungen im Bereich der ehemaligen Schottergrube Gründberg. Ich möchte eingangs sagen, weil schon Anfragen waren im Finanz- und Rechtsausschuß, es sind die errichteten Spielplätze in der Gründbergsiedlung davon nicht betroffen. Soweit ich mich aus dem Akt informieren konnte und das geht auch aus der Mitteilung des Amtes hervor. Ich darf den Antrag entsprechend vortragen, er lautet:

9) ÖAG-6582/79

ÖAG-4314/74

ÖAG-3416/81

Grundverkauf und Flächenberichtigung im Bereiche der
ehemaligen Schottergrube Gründberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Parzellierung der Grundstücke der ehemaligen Schottergrube Gründberg, EZ 172, Kat. Gem. Föhrenschacherl, werden nachstehende Grundtransaktionen genehmigt:

- A) Der Abverkauf der neu geschaffenen Grundparzelle 1252/8 im Ausmaß von 925 m² zum Preise von S 250,-/m² an Herrn Johann Werner und Frau Brigitte Werner, Anlagenberater und Hausfrau, 4400 Steyr, Föhrenschacherl 1. Die Erwerber sind verpflichtet, auf dem Kaufobjekt innerhalb von drei Jahren ein Wohnhaus zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadtgemeinde Steyr ein Vor- und Wiederkaufsrecht nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches vor. Weiters wird den Käufern die Entrichtung des Kaufpreises in drei gleichen Jahresraten, unverzinslich, gegen Wertsicherung und pfandrechtlicher Sicherstellung des Kaufpreisrestes bewilligt.
- B) Verkauf der Grundparzelle 1252/9 im Ausmaß von 845 m² zum Preise von S 150,-/m² an die Ehegatten Josef und Maria Lanzinger, 4400 Steyr, Steinbrecherring 25.
- C) Verkauf der Grundparzelle 1252/7 im Ausmaß von 605 m² an Herrn Josef Steiner, Magistratsbediensteter, 4400 Steyr, Resthofstraße 13, zum Preise von S 150,-/m². Die Entrichtung des Kaufpreises kann in drei gleichen Jahresraten zinsfrei, jedoch gegen Einräumung einer Wertsicherung und pfandrechtlichen Sicherstellung des Kaufpreisrestes auf dem Kaufobjekt erfolgen.
- D) Verkauf von 25 m² aus dem gemeindeeigenen Grundstück 1252/5 zum Preise von S 150,-/m² an Frau Leopoldine Humpel, 4400 Steyr, Mayrpeterweg 10, zur Grenzberichtigung.
- E) Flächengleicher Tausch von 91 m² aus den städtischen Grundstücken 1252/4 und 1252/5 gegen einen flächengleichen Grund aus dem Besitze der Ehegatten Mayrpeter Hermann und Maria zur Verbreiterung des Mayrpeterweges.
- F) Übertragung von 125 m² der städtischen Grundparzelle 1252/5 Schottergrube zur Verbreiterung des Mayrpeterweges in das öffentliche Gut.

Ich darf um Zustimmung ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wünschen Sie zu diesem Antrag zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag betrifft die Regulierung der Bereitschaftsdienstgebühren für den Theaterdienst sowie für den Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienst der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) FW-1124/81

Regulierung der Bereitschaftsdienstgebühren für den Theaterdienst sowie für den
Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienst der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die folgenden Mannschaftsgebühren (§ 3 Abschnitt D der Feuerwehr-Tarifordnung, GR-Beschluß vom 24. 10. 1978, Gem-6587/77) werden wie folgt geändert:

- Z. 2 Bereitschaftsgebühr (Sonn- und Feiertagsbereitschaftsdienst) S 150,- pro Dienst
Z. 6 Branddienstgebühr (z. B. Theaterdienst) S 150,- pro Dienst.

Ich bitte Sie, dieser Änderung, die eine Verbesserung der Gebühren gegenüber den bisherigen Verhältnissen mit sich bringt, zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Antrag steht zur Diskussion. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe keine. Erhebt sich ein Einwand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Auch hier im Sinne des Antrages einstimmige Beschlußfassung.

Ich bitte jetzt um den Nachtragsantrag aus dem Referat Wallner.

STADTRAT VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beim Garderobengebäude Sportplatz Rennbahn ist es erforderlich, Umbauten vorzunehmen, das heißt, die Heizungsanlage zu verbessern, damit der Sportbetrieb in den Wintermonaten reibungslos abgewickelt werden kann.

Der Antrag lautet:

22) Sport-3217/81

Sportplatz Rennbahn; Erweiterung und
Vergrößerung der Heizungsanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 7. 1981 wird zur Erneuerung und Erweiterung der Heizungsanlage im Garderobengebäude am Sportplatz Rennbahn eine Kreditüberschreitung von

S 450.000,-- (Schilling vierhundertfünzigtausend)

bei VSt 1/2621/6140 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die entsprechenden Aufträge werden wie folgt vergeben:

- 1) Installationsarbeiten: Firma Kriszan, Steyr, zum Preise von S 358.420,--
- 2) Aufstellung einer Gipstrennwand im Kassenbereich: Firma Sunk, Steyr, zum Preise von S 6.675,--
- 3) Montage von drei Fenstergittern: Firma Fratu, zum Preise von S 4.996,--
- 4) erforderliche Maurer- und Verputzarbeiten: Städtischer Wirtschaftshof, zum Preise von rund S 10.000,--

Die anfallenden Elektroinstallations- und Malerarbeiten werden gesondert vergeben. Der hierfür benötigte Betrag ist in der oben bewilligten Kreditüberschreitung bereits enthalten.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Auch hier die Frage, wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung, Erhebt sich ein Einwand? Enthält sich jemand der Stimme gegen diesen Antrag? Auch nicht, auch hier einstimmige Beschlußfassung.

Ich danke Kollegen Schwarz für seine Berichterstattung und Antragstellung und übergebe ihm als geschäftsführenden Bürgermeister den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Vorsitzführung und übernehme den Vorsitz. Gleichzeitig bitte ich Kollegen Fritsch um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nach der freundlichen Aufforderung durch Kollegen Schwarz darf ich Ihnen den aus dem Referat Wallner stammenden Antrag zur Beschlußfassung vorlegen.

Die Problematik über die Ausgestaltung des Marktplatzes Resthof ist Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates hinlänglich bekannt. Sie wissen, daß sich lange Vorverhandlungen, daß sich eine Informationssitzung des Gemeinderates unter anderem auch mit diesem Problem beschäftigt haben und daß über planerische, rechnerische Verhandlungen hin sich nun ein Antrag abzeichnet, den ich vorweg bitte, ihn zustimmend bescheiden zu wollen. Es dreht sich um die endgültige Ausgestaltung des Marktplatzes auch mit dem noch dazu gehörigen Ausstattungsinterieur im Resthof.

Es wird sicherlich dieser Beschluß bzw. die Realisierung der freigegebenen Finanzmittel aus diesem Beschluß dazu beitragen, um den Resthof, der dort und da als nicht sehr lebenswert angesehen wird, doch etwas wohnenswerter zu gestalten. Sie mögen für diesen Zweck der Ausgestaltung des Marktplatzes den Beschluß fassen, der lautet:

23) Bau3-2940/81

Bauvorhaben Resthof II/C; Gestaltung
des Marktplatzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 29. 6. 1981 werden zur Gestaltung des Marktplatzes im Zuge der Errichtung des Bauvorhabens Resthof II/C folgende Aufträge vergeben:

1) Baumeisterarbeiten: Fa. J. Zwettler, Steyr, zum Preise von	S 4.601.663,--
2) Natursteinarbeiten: Fa. Töpel, Steyr, zum Preise von	S 110.507,83
3) Gewichtsschlosserarbeiten: Fa. Tuma, Steyr, zum Preise von	S 14.095,10
4) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Elektro-Bau AG, Steyr, zum Preise von	S 160.964,43
5) Elektro-Anschlußgebühr: OKA zum Preise von ca.	S 17.770,--
6) Bepflanzung der Grünflächen: Fa. Halbartschlager, Steyr, zum Preise von	S 19.300,--
7) Besämung der Flächen: Stadtgärtnerei Steyr zum Preise von ca.	S 24.780,--
8) Planung: Fa. J. Zwettler, Steyr, zum Preise von	S 217.826,--
9) Bauleitung: Dipl. Ing. Proyer, Steyr, zum Preise von	S 132.554,--

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 5,299.400,-- (Schilling fünf Millionen zweihundertneunundneunzig-
tausendvierhundert)

bei VSt 5/8150/0060 als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 44 Abs. 5 StS der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Im Interesse unseres Resthofes und im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung auf diesem Gebiet bitte ich, diesen Antrag zustimmend zu bescheiden.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Herr Gemeinderat Reiser hat sich zu Wort gemeldet, darf ich bitten.

GEMEINDERAT FRIEDRICH REISNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei der heurigen Volkszählung wurde festgestellt, daß in der Wohnsiedlung Resthof derzeit über 2000 Menschen wohnen, und zwar in 945 Haushalten. Wir sind deshalb in letzter Zeit darangegangen, Maßnahmen infrastruktureller Art zu setzen und es gibt schon heute eine Reihe von Geschäften, die den täglichen Bedarf decken. Fleischhauerei, Bäckerei, Lebensmittelgeschäfte, Drogeriemarkt, Friseur, Trafik, Putzerei, Geschäfte für Kinderwaren, Elektrowaren und eine Bank. Alle diese Geschäfte begrenzen im großen und ganzen den Marktplatz, über dessen Gestaltung wir heute zu befinden haben. Ich glaube, daß diese Gestaltung auch entsprechend großzügig geschieht. Der Oberflächenbelag ist nicht aus Asphalt, sondern aus Platten, es werden zusätzlich 33 Parkplätze gebaut, die Beleuchtung in formschönen Kugellampen, Sitzbänke, Blumenkrüge und eine entsprechende Bepflanzung der Grünflächen und die Anspeisung eines Springbrunnens, für dessen Gestaltung die Sparkasse eine entsprechende Summe beisteuern wird. Ein Gehsteig wird hergestellt, zwei Stiegen werden errichtet, um auch von tiefer gelegenen Teilen der Anlage den Marktplatz erreichen zu können. Es sind auch Abböschungen und Erdaufschüttungen im Nordwesten notwendig. Beim Bauabschnitt Resthof II kann ein Teil der Grünflächen-Herstellungskosten auf Grund der lockeren Verbauung

in der Wohnbauförderung leider nicht untergebracht werden. Sie beträgt ja über 2 m² mehr per m² Wohnfläche. Das ergibt gemäß der neuen Wohnbauförderungsrichtlinien ein Mehr von über 131 % der Außenanlagenflächen. All das zusammen ergibt den stolzen Betrag von über 5 Mill. Schilling, den wir heute zu beschließen haben. Auch bezüglich der Abhaltung eines Wochenmarktes hat das städtische Marktamt bereits Erhebungen durchgeführt und bei den Marktbeschickern und Marktfieranten reges Interesse gefunden. Es sind auch noch Freiräume vorhanden, um Folgeprojekte realisieren zu können. Frei sind auch noch ein Gewerbelokal, zwei Ordinationen. Laut Ärztekammer sind dort aber noch zu wenig Bewohner. Errichtet werden auch noch mehrere Mehrzweckräume, ein Kaffeerestaurant und ein Obst- und Gemüseladen. Für ein Gasthaus konnte leider bisher kein Interessent gefunden werden. Frei ist auch noch eine entsprechend große Fläche für den Bau eines religiösen Zentrums, den neu errichteten Kindergarten wird man wahrscheinlich noch heuer eröffnen. Man ist von der Wohnsiedlung Resthof mittels städtischem Bus schnell in der Stadt und hat in nächster Zeit die Möglichkeit, über den Fußgängersteg den Stadtteil Münchenholz zu erreichen. Die Befragungen der Mieter der verschiedenen Vereinigungen haben auch ergeben, daß allgemein Zufriedenheit im Resthof herrscht. Über die hohen Mieten kann man reden wie man will, sie sind ja nicht hausgemacht. Sicher werden aber die heute zu treffenden Maßnahmen bezüglich des Marktplatzes dazu beitragen, das Leben in der Wohnsiedlung Resthof bedeutend angenehmer zu machen und durch Ihr Ja können Sie dazu beitragen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Reisner für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Der Berichterstatter wünscht ein Schlußwort, ich bitte darum.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Mein Schlußwort, meine Damen und Herren, kann relativ kurz sein, denn Kollege Reisner hat jetzt den weiten Bogen im ganzen Bereich Resthofaktivitäten gesetzt. Heute haben wir an und für sich nur den Marktplatz vorliegend zur Beschlußfassung, nur dürfte er die Daten nicht genau gehabt haben und er wird mir diesen Hinweis gestatten. Er hat von den 945 Wohnungen gesprochen, er hat vielleicht das Amtsblatt nicht gelesen, vor kurzer Zeit ist nämlich die 1000ste Wohnung im Resthof übergeben worden. Daher bleiben wir also am neuesten Stand der Dinge. Spaß beiseite. All das, was aufgezählt wurde, trägt sicherlich dazu bei, um den Resthof so zu gestalten, wie wir ihn uns für unsere Bevölkerung und kommenden Mieter vorstellen. Daher bitte ich Sie auch, für die Marktplatzgestaltung die 5,2 Mill. freigeben zu wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag beitreten? Danke. Gegen den Antrag ist niemand, auch Stimmenthaltungen sehe ich keine. Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Kollege Fürst ist der nächste Berichterstatter.

Bürgermeister Franz Weiss tritt um 15.50 Uhr wieder den Sitzungssaal.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätzte Mitglieder des Gemeinderates, der erste Antrag, den ich Ihnen zum Vortrag zu bringen habe, betrifft die Änderung von Rückzahlungsbedingungen für ein Darlehen, das den Pächtern des Hotels Minichmayr, den Ehegatten Viertler, gewährt wurde. Dieses Darlehen sieht eine zinsfreie Rückzahlung in drei Raten oder eine längere mit Zinsen vor. Sie wissen, daß am Kapitalmarkt die Kreditkosten enorm gestiegen sind. Die Ehegatten Viertler haben viel investiert und natürlich dazu Kredite aufgenommen. Sie sind bei uns vorstellig geworden, ihnen die Rückzahlungsbedingungen zu erleichtern. In diesem Sinne ergeht der Antrag an Sie:

11 Ha-4541/79

Ausbau des Hotels Minichmayr - Gewährung eines Darlehens an Ingo und Isabella Viertler; Änderung der Rückzahlungsbedingungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beschlüsse des Gemeinderates vom 18. 10. 1979 und 13. Mai 1980 werden dahingehend abgeändert, daß die Rückzahlung des den Ehegatten Ingo und Isabella Viertler gewährten Darlehens von S 500.000,- in zwölf gleichmäßigen Quartalsraten, unverzinslich, zu erfolgen hat, wobei als Zahlungsbeginn der 1. 7. 1981 festgesetzt wird und die Ehegatten Viertler zu diesem Zeitpunkt zwei Raten zu entrichten haben. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Vortrag. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall: Wir stimmen ab. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Gestatten Sie mir noch die Feststellung, daß es selbstverständlich ist, daß dieser Beschluß eigentlich eine indirekte Gewerbeförderung darstellt und das soll hier beachtet werden.

Der nächste Antrag liegt auf derselben Linie, er befaßt sich mit der Änderung der Rückzahlungsbedingungen an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim für den Ausbau des Casinos. Der dementsprechende Antrag an Sie lautet:

12) Ge-6064/78

Wirtschaftsverein Arbeiterheim – Ausbau des Casinos;
Darlehen – Änderung der Rückzahlungsbedingungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates vom 13. 5. 1980 wird dahingehend abgeändert, daß die Rückzahlung des dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim gewährten Darlehens von S 500.000,- in zwölf Vierteljahresraten, unverzinslich, beginnend ab 1. 7. 1981, zu erfolgen hat.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu verweigern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Mir liegen einige Wortmeldungen vor, und zwar von GR Holub, Eichhübl und Stadtrat Kinzelhofer.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn ich mich nicht verhört habe, meine Damen und Herren, kann ich dem Antrag von Stadtrat Fürst voll Rechnung tragen, er hat nämlich meines Wissens nach gesagt, er ersucht, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nicht zu verweigern!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Dann habe ich das "Nicht" überhört und kann daher dem Antrag von Stadtrat Fürst nicht beitreten.

Die Situation, die sich hier zeigt, wurde von Stadtrat Fürst im Fall, der vorhin beschlossen wurde, nämlich in der Änderung der Rückzahlungsbestimmungen in Sachen Viertler, als indirekte Gewerbeförderung bezeichnet. Im gegenständlichen Antrag bezeichnet Herr Stadtrat Fürst sich dahingehend, daß der Antrag auf ziemlich der gleichen Linie liegt. Der Meinung, meine Damen und Herren, bin ich durchaus nicht. Handelt es sich bei Viertler um eine indirekte Form der Gewerbeförderung,

so werden Sie sich nicht wundern, wenn ich sage, in der Sache Casino handelt es sich um eine indirekte Parteienförderung.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Dann braucht Ihr bei Euren ÖVP-Versammlungen auch nicht mehr hinausgehen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist ja überhaupt keine Frage, ob man einen Gast- und Schankgewerbebetrieb und dessen Dienstleistung in Leistung nimmt oder nicht. Ich habe auch in Deinem Gast- und Schankgewerbebetrieb ein sehr gepflegtes Bier getrunken und wir haben uns dort gemütlich unterhalten. Darüber sollten wir, so glaube ich, jetzt nicht diskutieren. Diskutieren sollten wir allerdings über die Gleichheit der Bürger und die Gleichheit der Institutionen. Vergleichen Sie jeweils die Amtsberichte, die vorliegen, so stellen Sie fest, daß in Sache des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim die Rückzahlung wir zwar mit 1. 1. 1981 hätte einsetzen sollen, nunmehr gestundet wird bzw. aufgeschoben wird in die Quartalsstilgungen. Erstaunlicherweise nimmt man dann zur Kenntnis, daß das Darlehen im Fall Wirtschaftsverein Arbeiterheim mit 1. 4. 1984 getilgt werden müßte, wogegen das später zugezählte Darlehen an die Ehegatten Viertler schon mit 31. 12. 1983 endgültig getilgt sein müßte. Also so ziemlich gleich ist die Linie auch nicht. Es stellt sich das Bild so dar, daß die Gewerbeförderung zweifellos durch die Billigung von Quartalsstilgungsraten an das Ehepaar Viertler wesentlich ungünstiger ausfällt als die indirekte Parteiensubvention beim Wirtschaftsverein Arbeiterheim. Wir haben uns zu diesem erstmaligen Gewährungsbeschluß schon negativ verhalten. Sie werden es durchaus nicht mißverstehen, wenn wir jetzt zu diesem Abänderungsbeschluß der seinerzeitigen Förderung naturgemäß auch nein sagen müssen.

Ich betone noch einmal, daß alle die Dinge, die wir in den letzten Jahren rund um die Subventionierungspraktiken erwähnt haben, - ich konnte schon im Jahr 1974 einmal die Subventionierung des Casinos als Ausschütten eines öffentlichen Füllhorns über eine Parteieinrichtung bezeichnen - nachdrücklich untermauern wollen.

Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin mir vollkommen im klaren darüber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertees Präsidium, daß ich jetzt zu einem Antrag spreche, der bereits im Sinne des ansuchenden Vereines positiv erledigt wurde und heute nachträglich dem Gemeinderat zur Sanktionierung vorgelegt wird. Diesem Antrag wurde, wie in so vielen anderen Anträgen vorher, aus welchen Gründen auch immer, die Dringlichkeit zugesprochen. Da es sich aber bei diesem Antrag wieder einmal um die Rückzahlungsmodalitäten eines dem Verein Arbeiterheim gewährten Darlehens seitens der Stadtgemeinde Steyr in der Höhe von 500.000 Schilling handelt, erlaube ich mir auch heute, nachdem ich das in diesem Zusammenhang bereits mehrere Male getan habe, aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir waren nicht erst bei der Sitzung am 13. 5. 1980 dagegen, als dem Verein Arbeiterheim einerseits ein Darlehen von 50.000 Schilling und andererseits eine Subvention in derselben Höhe zugebilligt wurde. Wir waren auch nicht deswegen dagegen - das haben wir immer wieder betont, weil wir grundsätzlich gegen Förderungsmaßnahmen, die an Vereine gehen, ganz gleich welcher Herkunft sie sind, waren und auch heute noch sind, sondern weil wir uns immer wieder dagegen ausgesprochen haben, daß man seitens der Sozialistischen Fraktion derartige Tarnanträge eingebracht hat. Man hätte sich doch die Mühe ersparen können, und gleich von einer Subvention sprechen können.

Diesmal scheint man einen anderen Weg eingeschlagen zu haben, der Verein Arbeiterheim hat wieder die Rückzahlungsbedingungen nicht eingehalten, sondern hat angesucht,

man möge die drei Jahresraten, von denen die erste bereits im Jänner dieses Jahres bereits im Jänner dieses Jahres fällig gewesen wäre, in 12 Vierteljahresjahren umzuwandeln. Diesem Wunsch wird heute – oder wurde bereits – entsprochen. Das, meine Damen und Herren, sind die Gründe, warum wir auch heute diesem Antrag die Zustimmung nicht geben können.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Stadtrat Kinzelhofer:

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, es ist nicht verständlich, daß man zwei Richtungen geht. Der eine ist privater Natur, der ein Hotel führt, dem billigt man alle diese Punkte, die er an die Gemeinde stellt, zu und dem anderen – es handelt sich um einen Verein – der sich auch etwas geschaffen und das verpachtet hat an einen Pächter, verwirkt man das.

Herr Gemeinderat, der Verein Arbeiterheim hat nicht versäumt, das zu bezahlen, der Verein sucht genau so wie Viertler an, um Zahlungserleichterungen zu bekommen. Die ÖVP hat seinerzeit dagegen gestimmt, aber die ÖVP-Fraktion muß auch sehen, daß der Verein Arbeiterheim aus dem Casino wirklich etwas gemacht hat. Erstens ist es das größte Lokal in Steyr, wo man wirklich etwas veranstalten kann. Es wird auch von allen Vereinen und Organisationen benützt, Wahlversammlungen, Bälle, die ganze Service-Clubs sind drinnen – Rotary, Lions, SK Vorwärts. Es ist jedem die Möglichkeit gegeben, sich dort drinnen wohl zu fühlen. Es ist etwas geleistet worden und wird der Stadt zur Verfügung gestellt. Darum ist es unverständlich, daß man immer wieder sagt, man muß aus Prinzip dagegen ein. Der Verein hat, so wie jeder andere versucht, von der Gemeinde Mittel zu bekommen, um das Casino auszubauen, es schöner gestalten, und – wie schon erwähnt – allen Vereinen die Möglichkeit der Benützung zu geben. Ich sehe darin keine Parteienförderung, denn die Darlehen und Subventionen sind zur Verschönerung und Ausgestaltung des Casinos verwendet worden. Ich ersuche Sie daher, diesem Antrag doch die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat Holub hat sich nochmals zu Wort gemeldet. Auch Kollege Eichhübl will ein zweites Mal dazu sprechen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich möchte mit der gleichen Konstruktion des Beitrages beginnen, wie mein geschätzter Vorredner. Es ist ganz richtig, die Förderung geht in zwei Richtungen. Diese Ihre Ansicht teile ich vollkommen, ich teile sie nur nicht dahingehend, daß die beiden Richtungen gleich waren. Die eine Richtung war die Förderung eines Beherbergungsbetriebes. Erinnern wir uns zurück an die Zeit, als diese Dinge diskutiert wurden, die relativ unglücklichen Vorhaben rund um das Hotelprojekt waren gescheitert. Es galt, angesichts der zu erwartenden großen Nächtigungszahlen im Jubiläumsjahr 1980, Gästebetten zur Verfügung zu stellen. Die ausgezeichnete Bemühung der Stadt in dieser Richtung hat dazu geführt, daß einzelne Beherbergungsbetriebe anerkannter- und dankenswerterweise gefördert wurden. So weit, so gut. Ich will keine Firmenreklame machen durch Aufzählen der Geförderten. Nur hat sich eben in die Kette der Beherbergungsbetriebe mit hinein gebunden der – wenn ich jetzt bei diesem ernstesten Thema blödeln wollte, könnte ich sagen – Korallschmuck des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim, der keine Gästebetten zur Verfügung stellt und trotzdem die gleiche Förderung bekommen hat. Wir haben seinerzeit gesagt, die Förderung der Gästebetten ist vollkommen in Ordnung und durchaus im Interesse der Stadt und haben unsere Zustimmung der Förderung des Vereines Arbeiterheim mit der Argumentation verwehrt, als hier keine Unterbringungsmöglichkeiten für Fremde geschaffen wurden. So weit ist, glaube ich, die Situation allen, die damals daran beteiligt waren, noch in Erinnerung. Was die Gestaltung des Betriebes im Wirtschaftsverein Arbeiterheim betrifft, so hat meine Frak-

tion niemals eine Kritik geübt, im Gegenteil, wir haben immer anerkannt, was aus diesem Lokal gemacht wurde, ist bestimmt etwas Schönes und für die Stadt erfreulich. Nur die ursprüngliche Förderungsabsicht – erinnern Sie sich – der Wegfall des Hotels und die Beschaffung von Beherbergungsplätzen, das konnte hier nicht gegeben sein. Alle anderen Dinge rund um die Förderung des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim möchte ich, um das Klima der heutigen Sitzung nicht zu zerstören, nicht mehr im Detail anführen. Ich glaube, Sie wissen noch alle, worum es gegangen ist, ersparen Sie mir die Erwähnung Volksskino, das nützt ja alles nichts. Das tut nichts zur Debatte

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Ist ohnehin gescheiter!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Auf diesen Zwischenruf, Kollege Pimsl, antworte ich nicht, denn es ist die Frage, für wen es nicht gescheiter ist. Das möchte ich schon sehr dahingestellt sein lassen. Da möge man sich doch bitte, bevor man sich rasiert, in den eigenen Spiegel schauen und nicht in den fremden.

Fest steht, daß wir dieses Nein aus tiefer Überzeugung geben. Sie werden uns von dieser Grundeinstellung nicht abbringen können, daß Sie zwei verschiedene Dinge nicht miteinander vergleichen können. Daß im Wirtschaftsverein Arbeiterheim kein einziges Gästezimmer geschaffen wurde, das Anlaß zur ursprünglichen Förderung hätte sein können, steht außer Zweifel.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Eichhübl zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auf Grund der Aussagen des Kollegen Kinzelhofer sehe ich mich noch einmal veranlaßt, zu diesem Antrag zu sprechen. Wir ziehen es keinesfalls in Zweifel, daß im Casino etwas geschehen ist und dort etwas geleistet wurde, was die Räumlichkeiten betrifft, wir ziehen es auch nicht in Zweifel, daß sich ein Großteil des gesellschaftlichen Lebens im Casino abspielt. Das haben wir nicht getan, wir haben aber deswegen immer nur von Tarnanträgen der sozialistischen Mehrheitsfraktion gesprochen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß, wenn dem Verein Arbeiterheim ein Darlehen gewährt wurde, und die erste Rückzahlungsrate fällig war, der Verein Arbeiterheim in derselben Höhe um eine Subvention angesucht hat. Das wurde auch immer wieder in dieser Form umgewandelt. Daher unsere negative Haltung zu diesem Antrag.

Ich glaube auch sagen zu können, daß man den Betrieb des Casinos keinesfalls mit einem Gastbetrieb, mit einem Beherbergungsbetrieb vergleichen kann und man daher, so wie im Sinne des Amtsberichtes, nicht von einer Gewerbeförderung sprechen kann. Das ist meine nochmalige Erklärung zu unserem Standpunkt. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als letzter bisher gemeldeter Sprecher hat sich Kollege Schwarz zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Als Obmann des Vereines Arbeiterheim sehe ich mich veranlaßt, nachdem die Diskussion unerwartet breit geworden ist, auch etwas dazu zu sagen.

Es wird hier immer wieder dargestellt – zumindest seitens der ÖVP – daß nur Beherbergungsbetriebe förderungswürdig seien. Ich darf daran erinnern, daß wir in einer Situation waren, als der Verein Arbeiterheim von sich aus bereit war, einschneidende Veränderungen vorzunehmen, wo wir alle miteinander sehr froh waren, daß diese Veränderungen es ermöglicht haben, daß in Steyr überhaupt ein gesellschaftliches Leben auf breiterer Basis durchgeführt werden kann. Es hat keinen größeren Saal gegeben. Wir haben im Theater umgebaut, diese Räumlichkeiten waren also stillgelegt. Der Verein

Arbeiterheim war bereit, hier einzuspringen und hat erhebliche Mittel aufgewendet, um dort einen Küchenneubau durchzuführen. Ich glaube, das wurde ja von allen bestätigt, wir sind froh, daß es gelungen ist, das zu realisieren und diese Gaststätte erfreut sich in Steyr eines guten Rufes. Ich meine, daß es richtig ist, daß diese Förderung in dieser Beziehung betrachtet wird und bitte, das nicht so einseitig zu sehen.

Es wird immer wieder gesprochen, daß hier eine Subventionierung eines der Sozialistischen Partei nahestehenden Vereines erfolgt. Das ist eine Gemeinschaft so wie viele andere Organisationen, die eben auch die Mittel benötigt und braucht, wenn sie Einrichtungen, die der Allgemeinheit, schafft. Diese Einrichtungen dienen ja zu einem viel höheren Prozentsatz der Allgemeinheit als parteiliche Einrichtungen dort drinnen sind. Auch das muß eindeutig gesagt werden. Nahezu 80 % ist der Betrieb dort so, daß er überhaupt nicht parteigebunden ist, sondern daß ihn andere Vereinigungen in Anspruch nehmen. Ich möchte mich dagegen verwehren, Kollege Eichhübl, daß hier einer Verpflichtung nicht nachgekommen wurde, sondern wir haben lediglich jene Bitte, die eine Privatfirma an uns herangetragen hat, auch aufgegriffen. Wir glauben, daß wir auch gleich behandelt werden sollen. Ich sehe nicht ein, und hier weise ich die Argumentation zurück, daß immer dort, wo Private irgend welche Initiativen ergreifen, das förderungswürdig ist, und dort, wo eine Gemeinschaft bereit ist, etwas zu tun, da ist es nicht förderungswürdig. Das geht nicht und man muß das schon aus einer Brille sehen.

Meine Damen und Herren, das ist schon vergleichbar, es ist sogar eher förderungswürdig, wenn eine Gemeinschaft etwas tut, als wenn ein Privater etwas tut. Das ist meine persönliche Meinung, weil eben eine Gemeinschaft etwas einrichtet und der Private in erster Linie seinen Profit sieht.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Manche sind halt gleicher.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich würde Sie bitten, dem Antrag in der Form die Zustimmung zu geben. Er bringt doch eine wesentliche Erleichterung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es hat sich jetzt noch Kollege Fritsch gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich bin von Kollegen Schwarz indirekt dazu herausgefordert worden, geschätzte Damen und Herren, eine Stellungnahme abzugeben. Er hat sich zuerst als der Obmann des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim zu Wort gemeldet, hat aber dann fast im gleichen Atemzug erwähnt, daß das nur ein der sozialistischen Partei nahestehende Vereinigung ist. Ich habe bis jetzt noch nicht gewußt, daß nur der sozialistischen Partei Nahestehende in der Funktion eines Obmannes hier auch im Stadtsenat tätig sind. Dieses Nahverhältnis, glaube ich, brauche ich nicht näher zu untermauern, es ist der Obmann dafür der eklatante Beweis.

Eine zweite Angelegenheit, die Kollege Schwarz angeführt hat, bedarf einer Erwähnung. Es ist richtig, daß im Casino allen Institutionen, Vereinigungen und Interessenten Räume für verschiedene Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Aber nicht aus der Großzügigkeit des Vereines heraus geschieht dies, sondern es geschieht, glaube ich doch Kollege Schwarz, aus der Verpflichtung heraus, keine Entgelte zu verlangen, widrigenfalls nämlich alle dafür erhaltenen Subventionen, so sie Entgelte nehmen würden, auch zurückzahlbar sein müßten. Das heißt also, es ist nicht der Großzügigkeit, sondern der legislativ auferlegten Notwendigkeit zuzuschreiben. Wenn eines vielleicht außer acht gelassen wird, so muß ich das nochmals sagen. Die generelle Einigung des Gemeinderates für Förderungsmöglichkeiten dieser Art war gegeben durch die bindende Erklärung hier in diesem Raum, Subventionen nur für jene Betriebe zu gewähren, die ihre Bettenkapazität erhöhen, das heißt der Beherbergung in erster Linie Rechnung tragen. Es ist dies in diesem Bereich nicht geschehen.

Das waren aber Begründungen, meine Damen und Herren, die wir beim Grundsatzantrag bereits vorgebracht haben. Nur eines möchte ich auch noch sagen. Kollege Schwarz hat in seinem Beitrag auch immer von der gleichen Behandlung gesprochen für alle Interessenten, ob Private oder aber auch vereinsmäßig Zuzuordnende. Der Vollständigkeit halber muß ich aber doch noch erwähnen, daß das bei einem Privaten, bei einem Beherbergungsbetrieb, der angesucht hat – es ist dies das Hotel-Restaurant Mader – das erste Mal schon abschlägig beschieden wurde und wie ich hörte, jetzt wieder ein Ansuchen in der Richtung läuft. Dann hätte ich also dieses Gleichheitsprinzip, Kollege Schwarz, gleich a priori in Rechnung stellen müssen und nicht erst nachher, wenn es unter Umständen zur Argumentation hineinpaßt.

Noch etwas und ich sage es auch dem Gemeinderat, weil es nicht hier durchgegangen ist. Es ist ja ein etwas vorhergehender Beschluß gefaßt worden im Bezug auf weitere Stundung der Darlehen des Theaterkellers, beziehungsweise für deren Pächterin. Die Gründe dafür sind uns allen miteinander hinlänglich bekannt und sind auch zustimmend beschieden worden. Aber eines ist auch klar, wenn ich nun einigen Personen, sei es juristischen oder aus dem Wirtschaftsleben direkt stammenden, Begünstigungen zuordne und es auf der anderen Seite aus Außerachtlassung des Gleichheitsprinzip nicht mache, dann muß ich sagen, Kollege Schwarz, ist sicherlich damit eine Bevorzugung einer Person, in dem Fall vertreten durch den Obmann, gewährleistet.

Ich hätte eine ganze Menge von Daten da, auch im Bezug auf das Ansuchen, ich könnte die ganze Geschichte wieder aufrühren über die zeitliche Abfolge, es würde zu nichts führen. Es ist ja ein vorgefaßter Beschluß von Seiten der SP-Fraktion, hier ja zu sagen. Wir werden das nicht umändern, dem sind wir uns sicher und das kennen wir aus den bisherigen Gegebenheiten, aber ich glaube schon, daß auch negative Argumente, von uns vorgetragen, in Überlegungen einbezogen werden müssen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Rednerliste ist somit abgeschlossen. Ih Entschuldigung, Herr Kollege Treml, mich hat es ohnehin schon gewundert.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann mir auch manchmal erlauben, die Debatte in Ruhe zu verfolgen, was die Mehrheit selbst dazu zu sagen hat. Das ist jetzt der Dank der anderen Parteien – ich sage immer bürgerliche Parteien Österr. Volkspartei und die Freiheitlichen – wenn es darum geht, einem Arbeiterverein Förderungen bzw. Unterstützungen zu geben, daß sie immer dagegen aufgetreten sind. Für mich ist es logisch, daß das auch bei diesem Antrag der Fall ist auf Erleichterung der Rückzahlungsbedingungen nicht auf einmal alle dafür sein werden. Aber wenn hier eine Debatte abgewickelt wird, wo man Gleiches zieht, da gibt es eben doch keine Trennungslinie. Meine Herren von der Österr. Volkspartei und von der Freiheitlichen Partei, Sie vertreten hauptsächlich auf Grund Ihres Parteiprogrammes die Besitzenden. Das sind solche, die natürlich trachten, daß sie aus ihren Geschäften Profit und Gewinn machen, sonst müßten sie zusperrern in dieser Gesellschaftsordnung.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Aber Du kennst unser Programm nicht, wir vertreten den Menschen!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Bitte, wenn Du jetzt vom Papst etwas gelesen hast und das vertrittst, bin ich einverstanden. auf sozialem Gebiet, weniger auf ideologischem.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es bleibt nur zu klären, wieviele Besitzungen die KPÖ in Österreich hat?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Da kommst Du dann zu mir, ich sage es Dir.

Das wollte ich klar feststellen. Ich gehe ja nicht auf geschichtliche Dinge ein, wie weit die Mehrheit bereit war, gar nicht so demokratischen Vereinen Millionen zuzuschancen, in der Form, daß man Ablösen gezahlt hat. Ich denke z. B. an den Allgemeinen Turnverein, da hat man nicht darüber geplaudert, da wart Ihr schön ruhig. Aber wenn es darum geht, einen Arbeiterverein – Euch Jüngeren muß ich das noch einmal sagen – zu unterstützen, denn das ist ein Verein, der gerade von Eurer Seite aufgelöst und geschädigt wurde dadurch, daß Ihr ihn kassiert habt im Jahr 1934 .

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Die Freiheitliche Partei ist nach dem Krieg entstanden

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja, aber der Vorgänger war die VDU und wer war vorher? Lesen Sie die Geschichte nach. Ich unterstelle ja nicht, daß die Personen dieselbe Tendenz verfolgen, aber auf Grund Ihrer Politik nicht nur hier im Gemeinderat, wenn es um solche Fragen geht, kann man doch immer wieder bestimmte Parallelen feststellen. Ich warne Sie davor, daß Sie diesen Weg weiter beschreiten sollen. Hier geht es, das sage ich auch zur ÖVP noch einmal, darum, daß Sie wohl der Förderung des Vereines Arbeiterheim immer die Zustimmung versagt haben,

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Stimmt nicht!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meistens.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Das ist schon besser, wenn Genauigkeit, Kollege Treml, dann ganz genau.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe eben kein Konzept, das kann jedem passieren!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich auch nicht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich würde vorschlagen, diese Zwiesgespräche abubrechen. Ich halte zwar Kollegen Treml für fähig genug, auf Zwischenrufe zu reagieren, aber lassen wir ihn ausreden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es geht mir vor allem darum, wenn man ein Recht in Anspruch nimmt, dann muß man auch bereit sein, in diesem Gremium dementsprechende Mittel bereitzustellen, daß es überhaupt möglich ist, daß diese Räumlichkeiten im Casino – es geht ja nicht in erster Linie um den Gastbetrieb, sondern um das ganze Zentrum – für Kulturveranstaltungen und auch der Begegnung dient. Es ist doch allgemein von der Bevölkerung anerkannt, daß es sicher nicht allein dazu dient, der SPÖ die Möglichkeit zu geben, Veranstaltungen durchzuführen, sondern es dient allen Parteien und Vereinigungen. Das muß auch gesagt werden. Daher glaube ich, kann man dem eher näher treten, als anderen Gruppierungen, die daraus nur Gewinn schöpfen wollen, mittels Förderung der Stadt. Das möchte ich ganz deutlich unterstrichen haben.

Ich wäre etwas vorsichtig, wenn man dem Sprecher der SPÖ unterschiebt eine direkte Parteiförderung, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Es wird mit Ausnahme meiner Partei jede Partei mit Steuergeldern anständig gefördert. Es gibt eine Parteienfinanzierung, die nur wir abgelehnt haben, die ÖVP bekommt ebenfalls aus Steuergeldern hohe Beträge. Man sollte hier nicht so herumwerfen in diesem Raum, wenn man selbst

im Glashaus sitzt. Meiner Meinung nach ist es voll berechtigt, daß man auch diesem Verein diese Erleichterung der Rückzahlung gewährt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, es ist kein Diskussionsbeitrag mehr vorgemerkt. Der Referent möchte noch ein Schlußwort sprechen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geschätzte Damen und Herren, wenn ich abschließend noch eines richtigstellen darf, so möchte ich doch die annähernde Gleichheit dieser Anträge, wo mir Kollege Holub die Fähigkeit aberkannt hat, das zu erkennen, herstellen. Es dreht sich um die Änderung von Rückzahlungsbedingungen sowohl beim einen als auch beim anderen, aber im vorgefaßten Wissen, daß eine Fraktion natürlich die Zustimmung verweigern wird, muß man von der ersten Sekunde an attackieren und darum auch diese Feststellung. So weit die Gleichheit.

Ich möchte eines betonen, wenn man sieht, welches Gewicht das Casino - verpachtet durch den Verein Arbeiterheim - in der Steyrer Bevölkerung hat, egal welcher Partei-richtung sie angehört, das gilt genauso für Ihre Partei, und wenn man die heutigen Attacken hört, so kann man nur eines sagen: wer schimpft, der kauft. Ich kann nicht etwas verdammen, was ich selbst gerne benutze. Die krampfhaft, überaus reichliche Argumentation, ist sicher ein Ausdruck des nicht ganz reinen Gewissens zu Ihrer Absage.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir werden nun reinen Gewissens abstimmen, jeder kann mit Erheben der Hand kundtun, wie er zu diesem Antrag steht, Wer für den gestellten Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen (10 Gegenstimmen: 8 ÖVP, 2 FPÖ).

Ich danke und bitte um den Vortrag des nächsten Antrages.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem Roten Kreuz, und zwar mit der Jahressubvention für 1981. Der diesbezügliche Antrag lautet:

13) Ha-1816/81

Österr. Rotes Kreuz - Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Gewährung der Jahressubvention 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter Zugrundelegung einer Kopfquote von S 10,- pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von rund 40.600 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1981 eine Subvention in Höhe von

S 406.000,-- (Schilling vierhundertsechstausend)

gewährt und dieser Betrag bei VSt 1/5300/7570 freigegeben.

Die Subvention ist in zwei gleichen Halbjahresraten in Höhe von jeweils S 203.000,- zur Auszahlung zu bringen, wobei im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Verwendungszweckes von der vom Gemeinderat verfügbaren 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen wird.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen

den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Die nächsten Anträge betreffen eine Reihe von Anträgen, die den Reinhaltverband betreffen.

Der erste Antrag lautet:

14) Wa-4550/75

Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Errichtung der Zentralen Kläranlage - Bauabschnitt 03; Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom 30. 7. 1981 übernimmt die Stadt Steyr vorbehaltlich der gemäß § 71 StS 1980 noch einzuholenden Genehmigung der Landesregierung die Haftung für das vom Wasserwirtschaftsfonds dem Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung gewährte Darlehen in Höhe von

S 100.000.000,- (Schilling einhundert Millionen) .

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe keine, wir stimmen daher ab. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Abänderung von Fondsmittelzusicherungen für die Abwasserbeseitigungsanlage, Bauabschnitt 02 und lautet:

15) Ha-3136/74

Abwasserbeseitigungsanlage BA 02 der Stadt Steyr;
Änderung der Fondsmittelzusicherung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 7. 1981 wird die Abänderung der Zusicherung des Bundesministeriums für Bauten und Technik (Wasserwirtschaftsfonds) vom 25. 6. 1981 betreffend Gewährung eines rückzahlbaren Fondsdarlehens für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlage, Bauabschnitt 02, der Stadt Steyr (Aufstockung des Darlehens um S 1.300.000,-) vorbehaltlos angenommen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wird zum Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Im nächsten Antrag handelt es sich um die Annahme eines Fondsdarlehens. Der Antrag lautet:

16) Ha-3136/74

Abwasserbeseitigungsanlage BA 04 der Stadt Steyr;
Annahme des Fondsdarlehens.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 7. 1981 wird die Zusicherung des Bundesministeriums für Bauten und Technik (Wasserwirtschaftsfonds) vom 25. 6. 1981 betreffend Gewährung eines rückzahlbaren Fondsdarlehens in Höhe von S 28.000.000,- für den Bau der Abwasserbeseitigungsanlage, Bauabschnitt 04, der Stadt Steyr vorbehaltlos angenommen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es spricht niemand dazu, wir stimmen daher ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Im nächsten Antrag wird ein Bauabschnitt vergeben im Abschnitt 02, und zwar der Nebenkanal 10 a. Der Antrag an Sie lautet:

17) Bau6-2640/81

Verbandskanal - Bauabschnitt 02, Nebenkanal
10 a; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom 21. 7. 1981 wird der Auftrag zur Errichtung des Nebenkanales 10 a in der Ennser Bundesstraße (Harrerstraße bis Ortstafel Dietachdorf - Bereich Holzwerk Moidl) im Zuge des Bauabschnittes 02 des RHV der Firma Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 928.465,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 929.000,-- (Schilling neunhundertneunundzwanzigtausend)

bei VSt 9/----/2796 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Stadtstatutes zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag wünscht niemand zu sprechen. Wir stimmen ab. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides ist nicht der Fall, auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der letzte Antrag betrifft den Hauptsammler F I; Anschlußkanal. Er lautet:

18) Bau6-3966/79

Hauptsammler F I; Anschlußkanal.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III - Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom 2. 9. 1981 wird der Übertragung des Auftrages zur Herstellung des Hauptsammlers F I - Anschlußkanal an die ARGE HS B (Hamberger, Zwettler, Negrelli, Beer & Janischofsky) zum Preise von

S 1.895.000,-- (Schilling eine Million achthundertfünfundneunzigtausend)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird der bezeichnete Betrag bei VSt 9/----/2796 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es dazu Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch hier wünscht niemand zu sprechen. Der Antrag ist angenommen. Ich danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen. Der erste Antrag betrifft den Verlustersatz für die Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn und lautet:

19) ÖAG-834/81

Stadtwerke

Stadtwerke – Teilbetriebe städtische Bäder und
Kunsteisbahn; Verlustersatz 1980.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VIII vom 26. 6. 1981 wird über Antrag der Stadtwerke zur Abdeckung der Verluste der Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn für das Jahr 1980 der Betrag von

S 145.400,-- (Schilling einhundertfünfundvierzigtausendvierhundert)

bei VA-St. 1/8790/7590 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 652.000,-- (Schilling sechshundertzweiundfünzigtausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche Sie, diesen Betrag zu genehmigen. Vielleicht darf ich noch einige Zahlen vom Bad bzw. von der Kunsteisbahn zur Kenntnis bringen. Wir haben im Jahre 1980 im Freibad 46.810 Besucher gehabt, gegenüber 72.000 im Jahre 1979 und konnten heuer 54.645 Besucher zählen, also etwas mehr als im Vorjahr. Wir hatten im Hallenbad 32.816 Besucher und im Jahre 1979 32.345 und haben bis jetzt 26.823 Besucher vermerken können. In der Sauna sind es bis jetzt 16.677 Personen. Wir haben einen Aufwand bei den städtischen Bädern von 6,3 Mill. Schilling, das sind um 1,2 Mill. S mehr als im Jahre 1979. Das ergibt sich hauptsächlich durch die großen Kosten am Energiesektor. Beim Hallenbad z. B. stiegen diese Kosten von 654.014,- auf 864.000,- im Jahr 1980. Bei der Kunsteisbahn sind auch die Stromkosten gestiegen und dadurch entstand auch hier ein höherer Aufwand. Wir hatten 130 Schleiftage im Jahre 1979 und 124 im Jahre 1980. An Besuchern konnten wir im Jahre 1980 55.195 verzeichnen, Das wollte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, damit Sie sehen, wie es in diesen Betrieben aussieht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Wortmeldungen werden, wie ich sehe, keine gewünscht. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen? Werden ebenfalls keine aufgezeigt. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft:

20) ÖAG-7266/80

Stadtwerke

Hochbehälter Ennsleite; Trinkwasserversorgung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 31. 7. 1981 werden im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung im Bereich des Hochbehälters Ennsleite folgende Auf-

träge vergeben:

- 1) Baumeister- und Tiefbauarbeiten: Firma Beer & Janischofsky,
Steyr, zum Preise von S 1,104.278,--
- 2) Lieferung der Drucksteigerungseinrichtungen: Firma Vogel,
Wels, zum Preise von S 116.180,--
- 3) Lieferung der Rohre und Formstücke: Firma Sagro, Linz-
Salzburg, zum Preise von S 458.320,--
- 4) Ausführung der Verlegungsarbeiten: Städt. Wasserwerk, zum
Preise von S 124.000,--.

Die Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Antrag steht zur Debatte, wünscht jemand zu sprechen? Ich habe keine Diskussionsmeldung, es wird daher abgestimmt. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht der Fall, auch in diesem Fall Einstimmigkeit.

Ich danke. Für Stadtrat Wallner ist bereits berichtet worden, der nächste Berichterstatter ist daher Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der erste Antrag ist einer, der alle Jahre wieder kommt und betrifft das Asphaltierungsprogramm 1981 und lautet:

24) Bau3-1400/81

Asphaltierungsprogramm 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VII vom 8. 7. 1981 wird für das Asphaltierungsprogramm 1981 der Betrag von

S 5,000.000 (Schilling fünf Millionen)

bei VSt 1/6120/0020 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von

S 365.000,-- (Schilling dreihundertfünfundsechzigtausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

- 1) Leistungen im Werte von S 4,100.000,-- an die Bietergemeinschaft Zwettler-Hamberger, Steyr
- 2) Leistungen im Werte von S 1,265.000,- an den Städtischen Wirtschaftshof
- 3) Leistungen im Werte von S 707.000,-- an die Bietergemeinschaft Zwettler-Hamberger, Steyr, (hiebei handelt es sich um Arbeiten auf Bundesstraßen).

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Es ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht gegeben, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag lautet:

25) Bau3-5006/81

Herstellung einer Verbindungsstraße von der Prof. Anton Neumann-Straße zur Firma Hartlauer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 8. 1981 wird der Auftrag zur Herstellung einer Verbindungsstraße von der Prof. Anton Neumann-Straße (Brauerei Steyr) zur Firma Hartlauer der Firma Hamberger zum Preise von S 688.620,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 688.600,-- (Schilling sechshundertachtundachtzigtausendsechshundert)

bei VSt 1/6120/0020 bewilligt.

Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Dazu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte Antrag befaßt sich mit der Sanierung der Oberen Teufelsbachbrücke und lautet:

26) Bau4-3155/81

Sanierung der Oberen Teufelsbachbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 7. 1981 wird der Auftrag zur Sanierung der Oberen Teufelsbachbrücke der Firma Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preise von S 751.424,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 726.000,-- (Schilling siebenhundertsechszwanzigtausend)

bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu eine Gegenstimme oder Wortmeldung? Wortmeldungen sehe ich keine. Es gibt auch keine Gegenstimmen oder Enthaltungen, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die beiden letzten Anträge möchte ich gemeinsam vortragen, es handelt sich bei beiden um den Ankauf eines Müllwagens für den Städtischen Wirtschaftshof.

27) ÖAG-3925/81

Städt. Wi-Hof

Müllwagenaufbau; Ankauf eines Fahrgestells.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VII vom 6. 7. 1981 wird zum Ankauf eines Fahrgestelles für einen Müllwagenaufbau bei der Steyr-Daimler-Puch AG zum Preise von S 523.450,- der Betrag von

S 525.000,-- (Schilling fünfhundertfünfundzwanzigtausend)

bei VSt 1/8200/0400 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

28) ÖAG-3925/81

Städt. Wi-Hof

Müllwagenankauf; Müllsammelaufbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VII vom 1. 9. 1981 wird der Auftrag zur Lieferung eines Müllwagenaufbaues, System Kuka, der Firma M.U.T., Stockerau, zum Preise von

S 726.654,--

übertragen.

Die Freigabe der entsprechenden Mittel wird im Rechnungsjahr 1982 erfolgen.

Ich ersuche um Annahme der beiden Anträge.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesen Anträgen eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wir stimmen daher ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltungen? Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster und zugleich letzter Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werter Herr Bürgermeister, werde Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen zwei Anträge bezüglich des Kindergartens Resthof vortragen und bitte Sie, diese zu genehmigen.

Sie wissen - der Herr Bürgermeister hat das bereits berichtet - daß der Kindergarten nicht wie vorgesehen im Februar 1982, sondern noch in diesem Jahr fertiggestellt wird.

29) Bau5-4520/79

Kindergarten Resthof - Mittelfreigabe 1981; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 19. 2. 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung des GR-Beschlusses vom 19. 2. 1981 (Freigabe von S 4,000.000,- für das Bauvorhaben Kindergarten Resthof) wird für das genannte Vorhaben eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.507.000,-- (Schilling zwei Millionen fünfhundertsiebentausend)

bei VSt 5/2400/0101 bewilligt.

Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zum Antrag sehe ich keine Wortmeldung, wir stimmen daher ab. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen? Ebenfalls keine, daher ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ebenfalls für den Ausbau des Kindergartens Resthof wurde ein Ansuchen an die OÖ. Landesregierung gestellt bezüglich einer Subvention. Hier wurde mitgeteilt, daß eine solche in der Höhe von 2,100.000,- Schilling in Aussicht gestellt wird. Leider ist es auch im Land Oberösterreich nicht möglich, diese Mittel sofort zur Verfügung zu stellen,

sondern es wurde uns mitgeteilt, daß das in mehreren Jahresraten erfolgt, beginnend im Jahre 1982. Hiezu ist es notwendig, daß wir diese Klausel der OÖ. Landesregierung auch im Gemeinderat bewilligen. Es ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

30) Ha-6914/79

Kindergartenneubau in Steyr - Resthof; Gewährung
einer Landesbeihilfe; Kenntnisnahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. 8. 1981 wird der Erlaß des Amtes der OÖ. Landesregierung zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es ist keine vorhanden. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

Wir befinden uns damit am Ende unserer Tagesordnung und teile mit, daß in unseren heutigen Beschlüssen ein Betrag von 24,836.800,- Schilling inkludiert ist.

Auf meiner Uhr ist es 16.40 Uhr und wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde. Ich bitte Sie, bei den Beiträgen die 60 Minuten zu beachten. Heute ist noch etwas später ein Anlaß, wo sich eine Reihe von uns hinbegeben muß und ich hoffe daher, daß wir diese Stunde richtig nützen. Wenn wir sie nicht voll ausnützen, so wäre mir das noch angenehmer.

In der üblichen Reihenfolge gemäß Geschäftsordnung des Gemeinderates wird zuerst die SPÖ ihren Beitrag bringen und hier habe ich von Kollegen Schwarz eine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich möchte heute in der "Aktuellen Stunde" ein Problem aufzeigen, das uns sowohl augenblicklich als auch in der Vergangenheit und natürlich besonders in der Zukunft in sehr großem Maße beschäftigt hat bzw. beschäftigen wird. Gegenwärtig ist die Situation bei uns so, das betrifft die Situation des Straßenverkehrs besonders im Winter, konkret die Salzustreuung und die damit verbundenen Probleme. Wir haben derzeit – das spürt jeder Verkehrsteilnehmer in Steyr – einige Brücken in Reparatur. Im Zuge dieser Brückenreparatur sind größere Verkehrsbehinderungen in Kauf zu nehmen. Es hat sich herausgestellt, als die Beläge bei den Brücken abgetragen wurden – darauf wurde ich vom Bauamt aufmerksam gemacht und deshalb bringe ich heute diesen Beitrag – daß die Fahrbahn-Betondecken allein durch die Salzeinwirkung – das ist auch für einen Laien offensichtlich – überaus großen Schäden ausgesetzt sind. Bei der Oberen Teufelsbachbrücke – über deren Sanierung faßten wir ja heute einen Beschluß – hat sich herausgestellt, daß 2 – 3 cm des reinen Tragbetons weggeschaufelt werden können. Das heißt, daß die Tragfähigkeit dieser Betondecke um rund 10 – 20 % vermindert ist. Darüber hinaus sind die Stahlträger – diese Decke ruht ja auf Stahlträgern – so stark verrostet, daß dezimetergroße Platten mit der Hand ablösbar sind, die Brückenlager sind verrostet. Das ganze Brückenbauwerk muß gehoben werden, es müssen neue Lager eingezogen werden und voraussichtlich wird man nicht darüber hinwegkommen, daß eine Gewichtsbeschränkung – derzeit sind 12 Tonnen zugelassen – für diese Brücke erlassen werden muß. Ähnlich ist die Situation bei der Schwimmschulbrücke, dort ist die Verkehrsbehinderung besonders groß. Der gesamte Schutzbeton ist vollkommen aufgelöst und ich habe mich persönlich davon überzeugt, man kann ihn wirklich mit der Schaufel wegschieben. Die stählernen Verbindungsstücke zu den Straßenteilen sind vollkommen verrostet und müssen neu ersetzt werden. Hier werden uns voraussichtlich Kosten in der Höhe von 900.000 Schilling anfallen. Bei der Teufelsbachbrücke sind es 750.000 S. Das sind nur zwei Beispiele. Diese Brücken sind alle nicht sehr alt, also verhältnismäßig noch jung und wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob wir diese sicher zu 80 % durch Salz entstandenen Schäden künftighin noch in Kauf nehmen wollen. Ich möchte darauf hinweisen, daß nur durch Salzschaäden bei den Brücken in Steyr im heurigen Jahr 2 Mill. Schilling an Reparaturkosten angefallen sind. Wir haben darüber hinaus im Jahre 1979 die Brücke ebenfalls aus demselben Grund mit 1,1 Mill. sanieren müssen, und zwar die Kalkofenbrücke am Fuße des Leitnerberges, wir haben die Ennstalbrücke, die im Jahre 1963 erbaut wurde, im Jahre 1979 bereits mit 5 Mill. Schilling Kostenaufwand saniert und die Zieglerbrücke ebenfalls im Jahre 1979 mit 1,2 Mill. S. Wir sind ja gesegnet mit Brücken, aber dieses Problem, das sehr aktuell ist, sollte man beachten. Wir sollten uns überlegen, ob wir – ich plädiere dafür – die Salzustreuung in den Wintermonaten nicht auf ein Mindestmaß einschränken sollten. Die Salzustreuung betrifft aber nicht nur die Brücken, sondern – wir haben heute einen Beschluß über das Asphaltierungsprogramm gefaßt, – auch die Asphaltbeläge leiden in ähnlicher Form unter dieser Salzustreuung. Ich glaube, daß wir es uns auf Sicht gesehen nicht leisten können, so kurzfristige Reparaturen an unseren Brücken vorzunehmen. Wir werden an die Autofahrer einen Appell richten müssen, daß sie in den Wintermonaten – Steyr hat zwar eine besondere topographische Lage – sich darnach richten und rechtzeitig auf entsprechende Winterausrüstung umstellen, damit wir bei der Salzustreuung Einsparungen vornehmen können. Wir können uns diese ständigen Aufwendungen nicht mehr leisten. Ich würde bitten, dieses Problem nicht nur hier im Gemeinderat, sondern darüber hinaus vor allem im Verkehrsausschuß zu behandeln und dieses aktuelle Problem besonders zu Beginn der Frostperiode nicht aus den Augen zu lassen. Wir könnten uns damit, so glaube ich, sehr viele Mittel ersparen. Auch in anderen Orten ist das möglich, z. B. in manchen Wintersportorten, wo sicher der Verkehr nicht geringer ist als bei uns. Ich könnte mir vorstellen, daß man hier Lösungen findet im Sinne einer finanziellen Verbesserung für die Zukunft.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke und bitte gleichzeitig, bei den Beiträgen die 5 Minuten zu beachten. Das ist

kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung. Der nächste Sprecher kommt aus der ÖVP.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium!

Den soeben gehörten Diskussionsbeitrag von Herrn Vizebürgermeister Schwarz kann unsere Fraktion nur auf das wärmste begrüßen und das befürworten. Sie können sich erinnern, daß wir schon vor mehreren Jahren darauf hingewiesen haben, daß die Salzustreuung nicht nur für Straßen und Brücken, sondern auch für Fahrzeuge nicht besonders förderlich bzw. sogar äußerst schädlich ist. Es wird also, wenn es gelingt, daß sich die Kraftfahrzeuglenker entsprechend ausrüsten, möglich sein, die Salzustreuung im Stadtgebiet entsprechend einzuschränken. Sicher wird es an besonders extremen Tagen für die Arbeiter des Wirtschaftshofes sehr schwierig sein, den Anforderungen, die momentan an sie gestellt werden, gerecht zu werden, denn es könnte, bedingt durch die Witterung, der Fall eintreten, daß der Verkehr an diversen Stellen im Stadtgebiet dann unmöglich wird, wenn wenig oder kein Salz gestreut wird. Es könnte sogar so weit kommen, daß der Verkehr im gesamten Verkehr völlig zum Erliegen kommt. Grundsätzlich aber kann die Anregung, die der Herr Vizebürgermeister gemacht hat, nur auf das wärmste begrüßt werden. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht die FPÖ dazu eine Stellungnahme? Bitte Herr Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch die Freiheitliche Fraktion nimmt diese Meldung mit Freude auf, denn es ist auch unsere Ansicht – es ist nicht nur unsere Ansicht, sondern das wurde auch von Fachleuten festgestellt, welche Schäden dieses Streusalz anrichtet – und ich erweitere das noch, was Kollege Radler gesagt hat, nicht nur die Straßen, nicht nur die Brücken, nicht nur die Autos, sondern auch die Umwelt, Bäume und Fluren, werden dadurch unheimlich stark beschädigt. Gerade in unserer Stadt, wo noch viele Bäume sind, ist es sehr begrüßenswert, wenn man die Salzustreuung sehr einschränken will. Es wird aber durch die vielen Berge, die wir haben, unvermeidbar sein, daß an manchen Gefahrenstellen weiterhin Salz gestreut wird. Kollege Eichhübl wird auch dann noch ein Geschäft mit den verrosteten Autos machen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Kollege Tremml als Nächster.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben uns schon einmal in diesem Gremium damit beschäftigt, und sogar festgelegt, daß wir zurückhaltend sind mit der Salzustreuung, vor allem auf Brücken, haben es aber dann nicht eingehalten. Ich schließe mich natürlich der Auffassung des Sprechers der Sozialistischen Fraktion an sowie den anderen Fraktionen. Ich glaube aber auch, es ist auch notwendig, daß wir nicht abwarten, bis die schlechte Witterung eintritt, Schneefall und Frost, sondern man muß jetzt schon in die Öffentlichkeit gehen, damit sich die Fahrzeugbesitzer dementsprechend mit Winterausrüstung eindecken können und es dadurch ermöglicht wird, daß wir in diesem Winter sehr sparsam mit der Salzustreuung vorgehen können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Der Referent, Kollege Wippersberger, möchte noch dazu sprechen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Erlauben Sie mir, daß ich als Referent für den Städtischen Wirtschaftshof doch einige Worte dazu sagen.

Grundsätzlich darf ich feststellen, daß seit vielen Jahren in Steyr mehr als 80 % der

Straßen überhaupt nur mit Splitt gestreut werden. Nur rund 20 % der Straßen – das ist genau festgelegt, welche Straßenzüge – werden mit einem Gemisch aus Splitt und Salz gestreut. Auch in diesen Fällen ist der Salzanteil sehr bescheiden, und zwar pro Quadratmeter 15 Gramm, also 1,5 dag. Wir haben im vergangenen Herbst den Beschluß gefaßt, daß auf neu asphaltierten Straßenstücken und auf Brücken, kein Salz mehr gestreut werden darf. Wir haben diesen Beschluß auch fast zur Gänze eingehalten. Ich sage deshalb fast, weil einvernehmlich mit dem Bauamt und der Baufirma Hamberger im vergangenen Jahr der Posthofberg aus Gründen der Sicherheit des Verkehrs mit diesem Gemisch gestreut wurde und in zwei Fällen war es notwendig, im vergangenen Winter, über Hilferuf der Bundespolizeidirektion, am Leitnerberg und auf der Vorlandbrücke fallweise Salz zu streuen, weil sonst der Verkehr komplett zum Erliegen gekommen wäre.

Der Beschluß, in den kommenden Jahren auf Brücken und neu asphaltierten Straßenstücken, kaum Salz zu streuen, besteht nach wie vor und wird sicher eingehalten werden. Ich mache nur auf eines aufmerksam, die Schwierigkeit, daß wir trotzdem auf Brücken Salzgemisch streuen müssen, ist sehr groß. Sie kennen ja unsere Brücken, z. B. die Wiesenbergbrücke mit dem Wiesenberg. Dort muß einfach Salz gestreut werden, denn dieser Berg ist sehr steil. Ähnlich ist es beim Leitnerberg und Blümelhuberberg. Es besteht also die Gefahr, daß wir zwar auf den Brücken kein Salz streuen, aber die angrenzenden Straßenstücke mit Salz gestreut werden und dieses dann auf die Brücken gelangt. Nochmals meine Feststellung, wir streuen auf Brücken und neu asphaltierten Straßen kein Salz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Der zuständige Referent hat zu diesem Problem bereits gesprochen. Wir stellen fest, daß der Gemeinderat ohne Beschluß generell der Auffassung ist die Salzstreuung auf ein Minimum einzuschränken. Wir werden das zeitgerecht der Öffentlichkeit in entsprechender Form zur Kenntnis bringen.

Damit ist der Beitrag der SP abgeschlossen. Ich frage nun die VP, ob jemand einen Beitrag hat? Herr Gemeinderat Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Fünf Minuten, meine Damen und Herren, sind nicht sehr lang, um über schwerwiegende Probleme hier in der Stadt zu sprechen und ich erspare mir daher lange Einleitungsfloskeln.

An sich wäre es sehr notwendig und wesentlich, wiederum einmal um die Problematik im Stadtteil Wehrgraben zu sprechen, rund um die Stadterneuerung im Eysnfeld, Steyrdorf. Alle diese Dinge sollten ja nicht aus unserem Bewußtsein verdrängt werden dadurch, daß wir nicht mehr darüber reden. Durch Nichtreden ist auf der Welt zwar noch kein Problem geschaffen, aber auch noch keines gelöst worden. Wir sollten uns im klaren sein darüber, welches Ziel wir haben. Ein gescheiter Mensch hat einmal gesagt und diese Worte haben mir sehr gefallen: wer kein Ziel hat, kann sicherlich auch keine Fehler machen, aber es ist sehr wohl die Frage, wo wir da hinkommen. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit mehr Gelegenheit haben werden, über die Problematik Wehrgraben zu diskutieren. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit Informationen bekommen werden über den Stand der Entwicklungen rund um die Kostenschätzungen, die neuerlich im Wehrgraben durchgeführt wurden. Soweit zu diesem einen Punkt. Ich hoffe, daß diese Hoffnung nicht vergeblich war.

Etwas anderes

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es darf nur ein Thema angeschnitten werden.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es war nur eine erweiterte Einleitung, Herr Bürgermeister.

Etwas anderes bewegt unsere Mitbürger momentan aktuell und deshalb bringe ich es in die Aktuelle Stunde. Das andere ist ja ein permanentes Thema, da müßte es ja permanente Stunde heißen.

Eine aktuelle Frage geht es jetzt wieder Frau Stadtrat? Eine aktuelle Frage bewegt unsere Mitbürger momentan oben am Tabor sehr heftig, und zwar ist das dieses Bauwerk, das dort errichtet wird mit all seinen bestreitbaren oder auch nicht bestreitbaren ästhetischen Schwerpunkten. Ich möchte jetzt nicht über Geschmack diskutieren. Fest steht, daß das Haus jetzt dort ist, fest steht, daß ein Wiener, der mich besucht hat - das war kein Schwarzer - gesagt hat, daß Steyr ein rotes Bollwerk ist, war ihm schon bekannt, aber daß sich das an der Stadteinfahrt dermaßen dokumentieren müßte, das ist ihm neu. Er hat der Mehrheitsfraktion in diesem Haus angehört, zumindest ideologisch angehört. Ich gebe zu, daß ein freundliches Schwarz in der Architektur neu wäre. Was ich aber mit diesem Bauwerk zwangsläufig als fraglich hinstelle, ist die Fußgängerlösung unter dem Nordknoten. Wir haben seinerzeit im Amtsbericht, als die Veräußerung des Grundstückes beschlossen wurde, gehört, daß der Bauwerber die Umplankosten auf sich nehmen wird. Unsere Bürger in Steyr fragen sich nicht ganz zu Unrecht, was wird jetzt aus dieser Fußgängerlösung. Durch die Errichtung dieses Gebäudes ist dieser Fußgängerverkehr durchaus noch nicht vereinfacht worden. Die Bürger glaube ich haben ein Recht zu erfahren, wie weit sind a) der Stand der Planungen, b) wie weit sind die Maßnahmen zur Sicherung des Fußgängerverkehrs im Steyrer Stadtteil Tabor.

Weil wir schon beim Tabor sind, gibt es ein nächstes Gerücht, das wert wäre, erörtert zu werden. Was ist, so frage ich, Wahres daran an einer Umlegung der Wolfenstraßen-einbindung in die Seifentruhe? Man hört da recht schöne Dinge und ich glaube, es wäre im Interesse der Öffentlichkeit, die Gerüchtebasis weg zu bringen und Sachinformationen zu bringen. Soweit mein Beitrag zur Aktuellen Stunde.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, die Zeit wurde einigermaßen eingehalten. Herr Gemeinderat Holub hat vier Themen angeschnitten. Es ist jetzt unvermeidlich, daß jeder Sprecher zu allen vier Fragen Stellung nimmt. Ich möchte das als Einzelfall klarstellen.

Es waren vier Themen, und zwar Wehrgraben, Tabor - Hofermarkt, Tabor - den generellen Fußgängerverkehr und die Umlegung Wolfenstraße. Das sind vier verschie-

dene Themen. Ich muß ehrlich sagen, wenn das jeder machen würde, dann kämen wir in das Uferlose. Wir müssen uns doch konzentrieren auf eine Frage, das ist ja ausdrücklich in der Geschäftsordnung geregelt.

Ich frage jetzt, ob seitens der SPÖ dazu ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Wippersberger bitte!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte nur sagen, soweit mir bekannt ist, ist die Fußgängerlösung am Nordknoten noch nicht abgeschlossen. Die Planungsarbeiten sind so weit fortgeschritten, laut Bauamt, daß wir uns in Kürze mit den Unterlagen beschäftigen können.

Kreuzung Wolfersstraße - Seifentruhe, hier habe ich Gelegenheit gehabt, vor einigen Monaten mit den zuständigen Herren der Landesbaudirektion zu sprechen. Dabei wurde mir erklärt, sie kennen die ganze Sache, aber es wird sicher noch etliche Jahre dauern. Die jetzige Wolfersstraße bleibt in dem Zustand bestehen, es soll nur vom Holzberg herunter ein weiteres Straßenstück gebaut werden zur Kaserngasse. Aber es wird sicher noch einige Jahre dauern, das hat mir der Herr von der Landesbaudirektion konkret erklärt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster Sprecher Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch unseren Fraktion ist dieses einmalige Bauwerk am Tabor nicht angenehm aufgefallen und ich muß ehrlich sagen, die Leute, egal welches Colour sie haben, reden einen an, ob sich da überhaupt niemand Gedanken gemacht hat, wie das bei der Stadteinfahrt aussieht. Sicher läßt sich über Geschmack streiten, aber wenn man so allgemein im Gespräch hört, daß es ein fürchterlicher Bau ist, dann glaube ich, kann man das nur zur Kenntnis nehmen und fragen, wer hat das in dieser Form bewilligt? Es gibt doch Verantwortliche dafür. Die Verschönerungen noch dazu, ich habe mir darüber andere Gedanken gemacht und mir ist etwas anderes dazu eingefallen. Man muß das nicht unbedingt dokumentieren, denn wir wissen alle, daß Steyr rot ist, aber daß es jetzt noch mit roten Planken eingefast wird, das ist weniger schön.

Ich glaube, hier müßte man in Zukunft doch die Verantwortlichen darauf aufmerksam machen, daß die Bauten, die in unserem Stadtgebiet errichtet werden, etwas mehr überlegt werden. Wir haben ja schon viele Sünden diesbezüglich gemacht. Ich will jetzt nicht alle aufzählen, nenne aber z. B. das Forum-Kaufhaus, das ist ja auch ein Glanzpunkt der Architektur in einem Altstadtgebiet. Ich glaube, in Zukunft müßte man doch mehr Wert darauf legen, daß sich die Bauten in unser Stadtgebiet einfügen, schließlich und endlich wollen wir eine Fremdenverkehrsstadt sein und bauen gleich bei der Einfahrt von Steyr solche fürchterlichen Bunker.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Kollege Tremml als Nächster.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es schaut fast so aus, als würde die Aktuelle Stunde zur Lachstunde werden. Ich möchte aber zu einem Punkt Stellung nehmen, den Du angeschnitten hast, und zwar zu diesem Objekt. Na so ganz kann man es nicht hinstellen, das Gebäude ist dort entstanden, wir haben nicht gewußt, daß dort etwas gebaut wird.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das hat niemand gewußt!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Dazu gibt es einen Bauausschuß, der solche Dinge behandelt und dort ist jede Fraktion – auch wir ohne Stimmrecht – vertreten. Es ist natürlich folgendes. Schon bei der Beschlußfassung vom Grundverkauf an Neudeck wurde schon von mir aufmerksam gemacht, – nicht bezogen auf das Aussehen des Bauwerkes, ich habe das selbst nicht gewußt, was dahingebaut wird – und ich habe Bedenken geäußert im Zusammenhang mit den Verkehrsmaßnahmen, was Du jetzt angeschnitten hast in der Aktuellen Stunde Damals hast Du einfach aufgezeigt und dafür gestimmt, daß man den Grundverkauf dort tätigt. Das sind die Tatsachen. Ich habe damals schon gewarnt in dieser Richtung. Eines muß man auch der Bevölkerung zubilligen, sie hat vollkommen recht, denn das, was dort hingebaut wurde, ist eine Schande.

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren, tragen wir die Verantwortung, So etwas darf uns in Zukunft nicht mehr passieren. Wir sollen bestimmte Auflagen erteilen, bevor wir solche Grundstücke verkaufen. Dann kann so etwas nämlich nicht passieren. Es ist nämlich noch etwas eingetreten, obwohl hier eine Auflage erteilt wurde, daß die Bundesstraße als Zufahrt nicht benützt werden darf, öffentliches Gut sogar gegeben wurde für eine Zufahrt, hat er jetzt in meinen Augen zumindest zum Beladen und Anlieferung eine Straße angelegt, asphaltiert und niveaugleich mit der Ausfahrt in Richtung Taborknoten. Diese ist allerdings noch mit einer Kette abgegrenzt. Es ist die Frage, wie lange es dauern wird, bis dort die Lieferfahrzeuge ein- und ausfahren. Solche Dinge kommen noch dazu und ich glaube, das muß man in Zukunft unterbinden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das Thema ist damit erschöpft.

Die FPÖ hat schon erklärt, daß sie kein Thema anschneiden will. Hat Kollege Tremml ein Thema? Bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja, meine Damen und Herren, in 8 Tagen, also genau am 25. September, findet in der Mehrzweckhalle im Münichholz eine Gerichtsverhandlung statt gegen ca. 2.200 WAG-Mieter der Stadt. Nach dem Sachverständigengutachten von Ing. Kühnel sind an den dortigen WAG-Häusern Instandsetzungsarbeiten im Ausmaß von rund 103 Mill. S notwendig. Allein für Enttarnung und Fassadenreparaturen sind in diesem Gutachten rund 30 Mill. Schilling notwendig, die die Mieter dort bezahlen sollten. Mit den Zinsen und den Geldbeschaffungskosten wird von den 2.200 WAG-Mietern ein Betrag von insgesamt 150 Mill. Schilling in Form einer enormen Mietzinserhöhung in den nächsten 10 Jahren zu entrichten sein. Um diese Kosten bzw. die Mietenerhöhung in tragbaren Grenzen zu halten, bemüht sich der von den Mietern gewählte Arbeitsausschuß um Förderungsmittel und Zuschüsse, im besonderen für die Enttarnung der Häuser. Sie wissen ja selbst ganz genau, daß die Tarnfarbe an diesen Häusern in der Kriegszeit zum Schutze der Steyr-Werke und ihrer Objekte angebracht wurde. Auch die Steyr-Werke hätten bestimmte Rechte, die ich auch heute nicht wiederum erläutern möchte. Daher sind meiner Auffassung nach die Steyr-Werke auch verpflichtet, diesen Tarnanstrich jetzt nach 36 Jahren zu entfernen, bzw. die Hauptkosten zu übernehmen. Aber auch die Stadtgemeinde ist meiner Meinung nach verpflichtet, neben den 240.000 Schilling, die sie für den Sachverständigen bezahlt, einen Zuschuß zu dieser Enttarnung zu gewähren.

Daher fordere ich alle Fraktionen im Gemeinderat, die SPÖ, ÖVP und die FPÖ auf, gemeinsam mit meiner Fraktion einen Förderungsbetrag vorzusehen, für die Erhaltung der Arbeiter- und Angestelltenwohnungen im Ausmaß von mindestens 5 Mill. S. Gleichzeitig ist es notwendig, daß alle vier Fraktionsobmänner – auch Bürgermeister Weiss möchte ich darum ersuchen – bei den Steyr-Werken, bei der Werksdirektion vorstellig werden, um die Bemühungen des Mieterkomitees nach Bezahlung der Enttarnungskosten massiv zu unterstützen. Nur so kann meiner Meinung nach die bevorstehende Mietzinserhöhung in tragbaren Grenzen gehalten werden.

Abschließend möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, noch in Erinnerung rufen, Sie waren auch bereit, in den letzten drei Jahren aus Steuergeldern der Stadt die, wie

ich heute schon einmal angeführt habe, überwiegend von den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten stammen, 15 Mill. Schilling für die Erhaltung und Renovierung der Altstadthäuser auszugeben. Diese hohe Summe kam zum allergrößten Teil den meist reichen, gutsituierten Geschäftsleuten und Privathausbesitzern zugute. Diese Feststellung wurde nicht nur von mir schon einige Male getroffen, es freut mich, daß auch das letzte Amtsblatt dies festgestellt hat. Ich glaube daher, daß es gerechtfertigt ist, daß auch von Seiten der Stadtgemeinde nicht immer die Ausrede gebraucht wird, vorerst sollen die Steyr-Werke einen Förderungsbetrag bezahlen, sondern daß man es jetzt umgekehrt macht, daß sich auch die Stadtgemeinde bereit erklärt, eine höhere Summe zur Erhaltung dieser Arbeiterhäuser beizutragen. Damit könnte die Mietzinserhöhung für diese 2.200 Mieter in einem tragbaren Ausmaß gehalten werden. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Seitens der SPÖ hat sich Kollege Bachner gemeldet!

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das Problem der WAG-Forderung ist hinlänglich bekannt. Es hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet, der sich für die Mieter einsetzen will und wir haben alles versucht, auf Bundes-, Landesebene, auf Gemeindeebene und bei den Steyr-Werken – und zwar nicht nur einmal, sondern des öfteren – um eine außerordentliche Subvention oder ähnliches zu erhalten. Leider ist es uns nicht gelungen, Mittel von diesen Organisationen zu erhalten. Ich habe das Finanzministerium angeschrieben, – hier sind noch 60 Jahre lang Rückzahlungen zu leisten, – daß man diese streicht. Wir haben vor ca. 1 1/2 Wochen einen Brief zurückbekommen, wo uns mitgeteilt wird, daß das abgelehnt wird. Das wären 12 Mill. auf 60 Jahre, im Jahr wären das 240.000 Schilling und auch dieser kleine Betrag wurde uns nicht gewährt. Vom Finanzreferenten, Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, wurde zurückgeschrieben, daß es eine außerordentliche Subvention nicht gibt. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, in dieser Situation, in dieser wirtschaftlichen Situation, außerordentliche Subventionen für diesen Fall zu geben. Er macht uns aber darauf aufmerksam, sämtliche Förderungsmittel auszunützen. Das haben wir bzw. auch die WAG gemacht und werden es weiter tun.

Die letzten zwei Sachen, auf die wir uns am meisten konzentriert haben, waren eben die Steyr-Werke und die Gemeinde. Von der Gemeinde – darauf können Sie sich sicher erinnern aus der letzten Sitzung – wurde der Sachverständige bezahlt, das haben Sie alle mitbeschlossen. Das waren etwas über 250.000 Schilling. Dieses Geld ist leider die ganze Ausbeute, die der Arbeitsausschuß erreicht hat. Die Steyr-Werke, die wir des öfteren angeschrieben haben, gaben uns nur eine Antwort, ein beinhartes "Njet", es ist in dieser Situation dem Werk nicht möglich, hier etwas zu geben. Wir haben auf die moralische Verpflichtung aufmerksam gemacht, schließlich wurde der Tarnanstrich zum Schutz des Werkes angebracht worden. Das Werk hat leider sehr viele eigene Häuser, die reparaturbedürftig sind und sie können daher hier nichts geben. Vielleicht ist es doch möglich – ich habe schon einmal den Herrn Bürgermeister deswegen angesprochen – daß wir uns nochmals zu einem Gespräch zusammenfinden, um über dieses Problem zu sprechen, denn die Auswirkungen auf die Mietzinse werden sehr groß sein und vielleicht läßt sich doch eine Lösung in dieser Frage finden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht die ÖVP dazu zu sprechen? Herr Gemeinderat Seidl bitte!

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nicht eingehen auf die Zahlen, die einerseits vom Kollegen Tremml genannt und zum Teil wiederholt bzw. erörtert wurden vom Kollegen Bachner. Ich möchte aber bitten, die Sache nicht immer so dramatisch zu sehen, wie sie gerade Kollege

Treml geschildert hat – ein Gerichtsverfahren gegen 2500 Personen. So ist es nun wirklich nicht. Betrachten wir den § 7 dieses Außerstreitverfahrens, da schaut es ein bißchen anders aus. Hier ist ein Antragsteller und der ist es nämlich, der auf der Anklagebank sitzt – wenn man es ganz genau nimmt. Der muß es sich gefallen lassen, daß seine Forderungen dezimiert werden, und zwar dezimiert nach dem richterlichen Mäßigungsrecht. So müssen wir das Ganze sehen und jeder, der einmal bei einer solchen Sitzung dabei war wird merken, wie genau das geprüft wird. Wir dürfen uns wirklich dessen bewußt sein, daß gerade das Gericht schon dafür sorgen wird, daß die Mieter von Münchenholz nur mit gerechten Forderungen belastet werden. Man muß das nicht immer so dramatisieren, ein Verfahren gegen 2.200 Leute, so ist das wirklich nicht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kommen Sie zur Verhandlung und horchen Sie sich das an!

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Darf ich noch einen Satz dazu sagen, Herr Kollege Treml, in meiner 26jährigen Gerichtspraxis habe ich Gelegenheit gehabt, öfters bei derartigen Sitzungen dabei zu sein, sicher nicht in einer derart großen, das gebe ich zu

GEMEINDERAT OTTO TREML:

In der Mehrzweckhalle?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Damit ist die Rednerliste abgeschlossen und die Themen sind erschöpft. Kollege Schwarz will als Wohnungsreferent noch eine Äußerung dazu machen.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte zu diesem Problem nur einige Sätze sagen. Meine Damen und Herren, als Wohnungsreferent

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigung, ich habe den Falschen angesprochen.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wohnbaureferent paßt auch.

Die Problematik wird in manchen Fällen hier etwas einseitig und falsch dargestellt. Es wurden ja immer schon die Hinweise gegeben, daß Reparaturen bei den Häusern in Münchenholz notwendig sind. Ich schließe jetzt einmal diese Enttarnungsgeschichte aus, aber

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Darum geht es aber!

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber das ist ja nur ein Teil des Gesamten. Wenn man nicht so lange gewartet hätte mit Regelungen – das sage ich jetzt ganz offen – die Quadratmeterbelastung des Mieters wäre eine viel geringere gewesen, wenn das schon vor Jahren gemacht worden wäre. Aber es sind immer Widerstände gekommen, die Reparaturen wären schon durchgeführt, die Mieter würden einen viel geringeren Mietzins bezahlen als jetzt, selbst bei Herabsetzung des Betrages, und zwar um einiges und die Häuser wären in Ordnung. Ich möchte auch auf diese Problematik einmal hinweisen. Man soll nicht sagen, man wehrt sich immer dagegen, unbedingt notwendige Dinge durchzuführen. Werden sie nicht durchgeführt, so werden die Schäden immer größer – das nimmt lawinenartige Ausmaße an. Vor einigen Jahren wären diese 110 Mill. Schilling nur 70 Mill. gewesen und vor 10 Jahren wahrscheinlich nur 30 Mill.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Warum haben wir die Häuser in der Schweigerstraße erst heuer gemacht?

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es geht ja um diese mietengeschützten Wohnungen. Das sind zwei Paar Schuhe und man kann das nicht vergleichen. Ich würde also sagen, daß man das aus der Sicht auch sehen soll. Die Gerichtsentscheidung wird sicherlich so ausfallen, daß die Mieter nur in einem erträglichen Maß belastet werden. Wir werden sicher alles tun, um das so gering wie möglich zu halten. Dazu gibt es ja diesen Arbeitsausschuß. Mit einer Erhöhung hat ja niemand Freude, aber die Substanz muß erhalten werden. Man sollte aus diesem Vorgang lernen und nicht zuwarten bis zum allerletzten Moment, es wird ja immer teurer. Wenn wir noch ein Jahr warten, kostet es wieder um 20 Mill. mehr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Erlauben Sie mir, daß ich als Bürgermeister abschließend einige Worte zu diesem Thema sage. Ich bin aufgefordert worden, mit den Fraktionsvorsitzenden bei den Steyr-Werken vorzusprechen. Die Aktuelle Stunde kann nur, so wie der Sinn lautet, aktuelle Themen behandeln, es können weder Anträge gestellt noch beschlossen oder Aufträge erteilt werden. Ich würde mich einer solchen Verpflichtung nicht entziehen, wenn ich sehen würde, daß die Gemeinde als kommunale Körperschaft eine Aussicht hätte, in diesem Streitfall erstens einmal mit zuständig zu sein, zweitens in diesem Fall in irgend einer Weise einen Erfolg im Wege der Intervention zu erreichen. Wir dürfen hier eines nicht vergessen. Hier handelt es sich wieder um drei Interessengruppen: der Hauseigentümer, die WAG - der Wohnungseinweiser, die Steyr-Werke, - und um den Mieterstock. Innerhalb dieser drei Interessengruppen spielen sich diese drei Probleme ab. Es soll sich jetzt die Stadt Steyr als nicht Befugte, als Außenstehende, wiederum einmischen und soll wiederum als öffentliche Körperschaft sich in privatrechtliche Beziehungen einmischen und dort herumrühren. Ich glaube, ich habe das schon einmal gesagt, wir werden natürlich, so weit es in der öffentlichen Hand und deren Macht liegt, den Mietern helfend zur Seite stehen. Meines Wissens besteht ja schon eine Hilfe dadurch, daß wir dem Ausschuß eine Art Rechtsberatung seitens des Magistrates bereitstellen bzw. bereitgestellt haben. Das kann keine öffentliche Beratung sein, sondern eine Rechtsberatung im Ausschußgeschehen. Es ist schon eine wertvolle Hilfe, denn in diesem Ausschuß ist meines Wissens kein Jurist, der mit solchen Fragen so gut vertraut wäre, wie ein von uns beigelegter Jurist.

Wodurch aber das Problem so schwierig geworden ist, hat Kollege Schwarz schon angeschnitten. Die ständige Weigerung, Beiträge in angemessener Form für die Erneuerung dieser Wohnhaussubstanzen zu leisten, wird, je länger sie sich hinauszieht, immer mehr Wirkung in finanzieller Sicht haben. Ein Beispiel dazu: Wir haben zu Beginn dieser Gespräche, wo wir mehr oder weniger Mitinitiator waren, dem Münichholz ein besseres optisches Gepräge zu geben durch Beseitigung des Tarnanstriches, - damals war die erste Kostenschätzung für die Gesamtrenovierung um die 22 - 25 Mill. Schilling. Später sind sie gestiegen auf 29 und siehe da, auf einmal höre ich heute - die letzte Version war noch unter 100 Mill. - 110 Mill. Schilling! Ich bin überzeugt, dieser Betrag wird immer mehr und mehr steigen.

Jetzt müssen wir auf den Kern dieser Sache zurückkommen. Es steht im Interesse der Hauseigentümer, die Haussubstanz so zu sichern, daß sie als Vermögenswert wiederum steigt oder zumindest erhalten bleibt. Es hat der Mieter Interesse, eine Verbesserung seiner Wohnung zu erreichen oder der Haussubstanz, weil er dann die Gewähr hat, von sonstigen Nebenleistungen befreit zu sein, wenn die Sanierungen durchgeführt sind und er wieder ein angenehmeres Wohnen hat. Es haben die Steyr-Werke als Wohnungseinweiser dann auch die Möglichkeit, die Wohnungen, die verbessert wurden, auch jenen Mietern anzubieten, die heute unter Umständen nicht bereit wären, eine so abgewohnte Wohnung zu übernehmen.

Es sind wieder diese drei Interessengruppen, die an dieser Erneuerung das erste Interesse haben. Das, was die Stadt Steyr angestrebt hat, die Erneuerung des Gesamt-

gesichtes und der Außenfassade, hat mehr kosmetischen Charakter, hat aber mit der Verbesserung der Substanz nichts zu tun und hat nichts zu tun mit der Verbesserung des Wohnens an sich.

Hier glaube ich, unser Beitrag wäre am wenigsten dazu geeignet, eine Verbesserung der Wohnungssituation und des Wohnens selbst zu erreichen. Hier wäre nur die Veränderung des Stadtteiles in optischer Hinsicht erreichbar, woran uns sicherlich etwas liegt, wir können aber hier nicht als der Hauptstreiter auftreten. Ich würde daher bitten, daß man die Dinge so sieht, wie sie sich hier darlegen.

Ich möchte damit abschließen und Ihnen, meine Damen und Herren, danken für die Teilnahme an der heutigen Sitzung. Ich habe schon gesagt, daß wir Beträge von fast 25 Mill. Schilling beschlossen haben. Ich glaube, es ist noch ein kleiner Ausfluß der vergangenen Urlaubszeit, daß heute, trotz einiger brennender Probleme und Themenbehandlungen, die Sitzung sehr ruhig verlaufen ist. Dafür darf ich Ihnen danken und teile gleichzeitig mit, daß wir demnächst eine Gemeinderat-Informationssitzung vorgesehen haben, die überwiegend zum Ziel hat eine Besichtigung der gegenwärtigen Baustellen und verschiedener Gebiete, die uns besonders am Herzen liegen. Wir werden dazu auch die Presse einladen. Natürlich stehen einige Probleme offen - der Wehrgraben wurde heute schon von Kollegen Holub in der Aktuellen Stunde in einem Vier-Punkte-Programm angezogen. Dazu, das steht fest, brauchen Sie sicher noch Informationen. Es ist auch immer noch die Entscheidung des Gemeinderates offen über den Abstieg in den Wehrgraben, welche Maßnahmen hier der Gemeinderat ergreifen will. Es ist auch noch eine Reihe anderer Fragen offen. Wir haben genügend Arbeit, uns außerhalb der Sachverhandlungen und Beschlüsse in einer Informationssitzung lange genug zu unterhalten und die nächsten Schritte zu überlegen. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Teilnahme.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.25 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Karl Holub e. h.
Friedrich Reisner e. h.